

# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

## Öffentliche Daseinsvorsorge in Europa: Verteidigen und erneuern!



*Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung: Mit Schlagseite vom Stapel gelassen* ■ 3

*Kommunalwahlrecht für Ausländer in Italien: Gesetzentwurf von rechts* ■ 8

*Die USA und die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens* ■ 6

*40 000 werben bundesweit für mehr Geld in den Kassen von Städten und Gemeinden* ■ 12



*ver.di in der Kommunalpolitik: Für drei gleichwertige Krankenhäuser im Klinikum Stuttgart* ■ 15



*Potsdamer Erklärung der Linksparteien im Europäischen Parlament – Öffentliche Daseinsvorsorge in Europa: Verteidigen und erneuern!* ■ 18



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

AKTUELL

**HARTZ GEGEN FLÜCHTLINGE.** Die in den letzten Tagen von Seiten der Regierungskoalition noch vorgenommenen Korrekturen an den Hartzgesetzen III und IV änderten nichts daran, dass die geplanten Reformen Flüchtlinge noch mehr an den Rand der Gesellschaft drängen, sagt Pro Asyl. In einer Pressemitteilung werden die wesentlichen Kritikpunkte zusammengefasst:

Ein wenig Schminke im Flüchtlingsbereich ändere nichts an der Wirkungsweise des Gesetzes: Es sei ein gigantischer Förderband in das soziale Abseits. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und einem Großteil der Geduldeten drohe die kaltherzige Aussperrung vom Bezug des geplanten Arbeitslosengeldes II. Flüchtlingen will man zumuten, noch weit unter dem massiv abgesenkten Leistungsniveau des Arbeitslosengeldes II zu leben. Bereits bisher existenten Ausgrenzungsstrategien folge weitere Diskriminierung per Gesetz. Fatal sei auch, dass an Maßnahmen der Arbeitsförderung, wie Weiterbildungsmaßnahmen oder eine Berufsausbildung, nicht teilnehmen kann, wer keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat. Dies betrifft etwa Flüchtlinge, die zuvor versicherungspflichtig beschäftigt waren. Nach Jobverlust und Ende des Arbeitslosengeldbezuges müssen sie mit Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz rechnen. Von sämtlichen Fördermaßnahmen ausgeschlossen, ist ihr Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit vorgezeichnet.

Die nächste Verschärfungsrunde drohe bereits. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat am 8. September 2003 in ihren eigenen Gesetzentwurf zur „Sicherung der Existenzgrundlagen“ Vorschriften aufgenommen, die vorsehen, dass Asylsuchende künftig keine Chance haben sollen, Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz zu erhalten. Bislang muss nach drei Jahren reduzierter (Sach-) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geprüft werden, ob ein Anspruch auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz besteht.

Wie angekündigt werde die Union ihre Vorstellungen in das Vermittlungsverfahren zum Zuwanderungsgesetz einbringen, wo der nächste sozialpolitische Kuhhandel zu Lasten der Betroffenen droht. PRO ASYL stimmt mit vielen Organisationen in der Kritik der Hartzpläne überein. Im Zentrum der fälschlicherweise als „Reformvorhaben“ titulierten Hartzgesetze stehe die Absicht, die Risiken der Arbeitslosigkeit weiter zu individualisieren und den vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten die Schuld an ihrem Schicksal zuzuweisen.

**UKRAINE-KONFERENZ.** Aus der folgenden Meldung des Radiosenders Deutsche Welle wird ersichtlich, dass sich das deutsche Außenministerium heftig in die Wahlen in der Ukraine einmischte. Es ist ein übliches Muster: „Hilfe“ leistet die deutsche Seite für Verfolgte und be-

kommt dadurch Einfluss auf Meinungsträger. Der Unterton ist kaum überhörbar gegen Russland gerichtet:

In Berlin hat am 15.10. die Konferenz „Vor der Wahl – die Ukraine und die Präsidentschaftswahl 2004“ stattgefunden, die vom Auswärtigen Amt, dem Deutsch-Ukrainischen Forum, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Deutschen Welle veranstaltet wurde.

Auf der Konferenz schlug der Vorsitzende der ukrainischen Nationalbank, Serhij Tihipko vor, einen Sonderfonds zur Unterstützung von Journalisten zu schaffen, die Opfer von Verfolgung geworden sind. Er schlug ferner vor, einen internationalen Fonds zur Unterstützung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehens in der Ukraine zu gründen. Die Themen, die das größte Interesse fanden, waren die Verwaltungsreform und die im Jahre 2004 anstehenden Präsidentschaftswahlen, aber auch die Beteiligung der Ukraine am Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan.

Der Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann, betonte bei der Eröffnung der Konferenz, dass die Ukraine für Deutschland eine besondere Rolle spiele, da sie schon bald unmittelbares Nachbarland einer erweiterten Europäischen Union sein werde.

Der Vorsitzende des ukrainischen Parlamentsausschusses für europäische Integration, Borys Tarasjuk, gab eine Prognose zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ab und sagte, dass es für die Ukraine eine schlechtere Variante wäre, wenn der Präsident vom Parlament gewählt würde. Dies würde der jetzigen Staatsmacht, aber vielleicht sogar auch dem derzeitigen Präsidenten ermöglichen, den Einfluss praktisch vollkommen aufrechtzuerhalten. Borys Tarasjuk unterstrich außerdem, dass man den Beschluss, sich dem Einheitlichen Wirtschaftsraum anzuschließen, als Übereinkunft der Präsidenten der Ukraine und Russlands betrachten könne, sich bei den Präsidentschaftswahlen, die in beiden Ländern im kommenden Jahr stattfinden werden, gegenseitig zu unterstützen. Der Vorsitzende der Nationalbank der Ukraine, Serhij Tihipko, betrachtet den Beitritt zum Einheitlichen Wirtschaftsraum als reine wirtschaftliche Notwendigkeit, was allen Teilnehmern an dieser Union Vorteile bringe.

Serhij Tihipko sagte: „Man darf nicht vergessen, dass 18 Prozent unserer besten Exporte nach Russland gehen. An erster Stelle steht der Maschinenbau, an zweiter kommt die Landwirtschaft mit ihren verarbeiteten Landwirtschaftserzeugnissen und an dritter die Metallurgie. Von dort kommen 36 Prozent des kritischen Imports. Praktisch mehr als 80 Prozent der Energieträger kommen aus Russland. Deswegen gehe ich an diese Sache absolut pragmatisch heran. Mir gefällt eine Ukraine in Plunderhosen nicht, ich möchte sie in europäischem Gewand sehen.“ (Meldung der Deutschen Welle)

# Mit Schlagseite vom Stapel gelassen

Am 16. Oktober hat der Bundestag eine so genannte Föderalismus-Kommission eingesetzt. Der von CDU/CSU, SPD, Bündnisgrünen und der FDP gemeinsam eingebrachte und nur von der PDS abgelehnte Antrag wurde tags drauf gleichlautend auch vom Bundesrat beschlossen. Die Kommission hat die Aufgabe, Fragen der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung zu erörtern. Sie soll den gesetzgebenden Körperschaften nötigenfalls verfassungsändernde Formulierungsvorschläge vorlegen.<sup>1</sup> Das ist ein weit reichender Auftrag. Wieso wurde er mit so großer Einmütigkeit erteilt?

## Das Wechselspiel von Regierung und Opposition ist gestört

Im Lauf der letzten Jahrzehnte wurde für immer mehr Bereiche der Gesetzgebung eine gemeinsame Zuständigkeit von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Das hatte dazu beigetragen, dass die Landtagswahlen in hohem Maße von der Bundespolitik bestimmt waren. Die über die Regierungstätigkeit verstimmt Bürgerinnen und Bürger tendierten dazu, bei Landtagswahlen ein Gegengewicht zur Bundespolitik zu schaffen. Nicht zum ersten Mal besteht zum Beispiel zur Zeit eine Situation, in der die Opposition gar nicht ein der Lage ist, ihre Kritik an der Regierung zu einer klaren Alternative zu verdichten. Sie ist über den Mechanismus der Gesetzgebung in die Regierungsbeschlüsse verstrickt. Das trägt dann dazu bei, dass ein ganz typischer Regelmechanismus der Klassengesellschaft beschädigt wird. Wenn zum Beispiel die repräsentative Mehrheit im Bundestag eine Politik im Interesse der Minderheit macht, pflegt die Opposition den Unmut, der daraus folgen muss, und entwickelt eine Alternative. Die Opposition braucht, um dieser Funktion zu genügen, klare Grenzen zur Regierungsmehrheit. Wenn aber die Opposition für dringende Gesetzgebungsvorhaben gebraucht wird, kann sie diese Grenzen nicht ziehen. Das trägt zur Politikmüdigkeit der Wählerschaft bei und erzeugt den zutreffenden, aber unerwünschten Eindruck, dass es sich bei all diesen Parteikonflikten nur um eher geringfügig unterschiedene Varianten einer Politik im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen und Reichen handele. Vom Standpunkt der Berufspolitik wird eine Abgrenzung der Verantwortlichkeiten unumgänglich. Mithin ist die breite Einheit, dass etwas geschehen müsse, verständlich.

## Ursachen der Verstrickung von Bundestag und Bundesrat

In allen marktorientierten Gesellschaften bildet sich eine mehrstufige politische Ordnung heraus. Sie bildet bis zu ei-

nem gewissen Grade die Schichtung und das Netzwerk der Teilmärkte ab. Geht man von den beiden Extremen aus, so steht auf dem einen Pol der Weltmarkt, auf dem anderen der lokale Markt der Nahversorgung im „fußläufigen Bereich“ der Verbraucher. Das sind nur die Extreme, dazwischen gibt es eine Vielzahl von sachlich abgegrenzten und regional unterschiedlich erstreckten Märkten, die sich als soziale Räume begreifen lassen. In diesen sozialen Räumen geht nichts, wenn nicht ordnungspolitische Vorgaben und Rechtsicherheit gewährleistet ist und wenn nicht spezifische infrastrukturelle Vorleistungen erbracht werden. So braucht zum Beispiel der Fernhandel ein internationales See- und Luftrecht, Seehäfen und Flughäfen, Handelsabkommen usw. Die Kneipe an der Ecke hat die städtische Hygieneaufsicht oft dringend nötig, und außerdem ist, wo keine Straßen sind, auch keine Ecke. Aus der Struktur solcher Beziehungen ergibt sich eine sinnvolle politische Ordnung. Von der UNO, den großen internationalen Finanz- und Rechtsinstitutionen, über die EU und ihre Einrichtungen, die BRD als Bundesstaat, die Länder und Stadtstaaten, die in den Ländern oft vorhanden Regierungsbezirke, die Landkreise und Kreisfreien Städte, die kleineren Städte und Gemeinden, in den Großstädten Stadtbezirke mit gewählten Vertretungskörperschaften, dazu Regionalverbände usw. – alle diese Institutionen haben Kompetenzen, die sich auf konkrete Ausschnitte des gesellschaftlichen Lebens, der Arbeitsteilung, beziehen oder wenigstens beziehen sollten.

Wenn nun, wie es in den letzten Jahrzehnten geschehen ist, die Reichweite von Märkten sich erheblich ändert, hören die Kompetenzzuteilungen auf zu passen.

Das politische System reagiert auf diese Situation notgedrungen mit Versuchen, durch institutionenübergreifende Vereinbarungen irgendetwas Sinnvolles auszurichten.

## Globalisierung und Ballung

Bezeichnen wir ruhig die sozialen Räume, die durch konkrete, immer wiederkehrende Wirtschaftskreisläufe aufgemacht werden, als Märkte, am Wort soll es nicht liegen, dann ist am auffälligsten, dass ein internationaler, weltumspannender sozialer Raum entstanden ist, die „eine Welt“ oder das „globale Dorf“. Vor dieser beeindruckenden Weltneuheit verblasst der andere, dazu parallel laufende Prozess, die Entstehung von Ballungsräumen. In allen Industrieländern entstehen Ballungs- oder Verdichtungsräume mit ganz spezifischem Leistungsvermögen und typischen Problemstellungen. Solche Verdichtungsräume konstitu-

ieren aber einen spezifischen Arbeitsmarkt, einen spezifischen Wohnungsmarkt, spezifische Infrastrukturforderungen der angesiedelten Industriebranchen, sie setzen durch Kulturangebote einen Zusammenhang usw.

Diese industriell geprägten Räumen dichter Besiedlung bieten den idealen Nährboden für die Entwicklung der Industrie, namentlich auch ihrer modernen, dienstleistenden Zweige. Für ihre Entwicklung sind weit, oft weltweit ausgreifende Arbeitsmärkte ebenso wichtig wie Verkehrsverbindungen mit „dem Rest der Welt“ oder Einrichtungen zur Ausbildung qualifizierter Arbeitskraft.

Sicher ist, dass in der BRD diese Ballungsräume durchweg nicht zu der historisch vorlausgehenden Struktur der klar gegen das „Land“ abgegrenzten „Stadt“ passen. Aus dem „Land“ wird das „Umland“ und dann der „Großraum“. Neben diese augenscheinlichen, in der Siedlungsstruktur aufdringlich sichtbaren Änderungen treten andere, weniger auffällige, aber hochwirksame. Die Anforderungsstruktur an Infrastruktur und öffentliche Güter ändert sich ganz gewaltig.

## Ein Demokratieproblem und ein Effizienzproblem

Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung, der in allen bürgerlichen Gesellschaften auf die eine oder andere Weise zum Tragen kommt, hängt nicht nur am Selbstgefühl und Selbstbewusstsein des modernen Menschen, der sich noch apathisch regieren lassen will. Es handelt sich auch um einen Mechanismus, der gewährleisten kann, dass die konkrete Struktur des Angebotes öffentlicher Güter auf die konkreten örtlichen Bedürfnisse passt. Wenn dann der Zugschnitt der Gebietskörperschaften mit den Einzugsbereichen, die durch solche Ballungsräume gesetzt sind, nicht mehr zusammenstimmt, entsteht ein Demokratieproblem, dem ein Organisationsproblem folgt.

Das Demokratieproblem nimmt die Form an, dass immer mehr Fragen der Marktordnung und auch Ausgestaltung des Angebots öffentlicher Güter nach oben „fallen“. Bekannt sind die Klagen über die Marktvorschriften der EU, weniger bekannt die Probleme, die aus den EU/Bund/Land/Stadt-Mischfinanzierungen entstehen. Es entstehen Lenkungswirkungen, die aus der Selbstverwaltung ein Gespött machen. Im Dickicht solcher verkoppelter und gelenkter Entscheidungen gedeiht das Berufsbeamtentum und eine bestimmte Sorte von Politikern mit Witterung für Subventionen.

Im politischen Gefüge der Bundesländer kommt es zu einem Bedeutungs-



schwund der Landtage und zu einer Bedeutungszunahme der Landesregierungen. Sie sind es, die den Deal mit dem Bund machen und die ihnen untergeordneten kommunalen Ebenen steuern.

Auf dieser Grundlage haben sich in der BRD die politischen Entscheidungsebenen zwischen Regierungsmehrheit/parlamentarischer Opposition und Bund/Länder schier unlösbar verknüpft.

Typischerweise wird versucht, den Verlust an politischer Selbstbestimmung, der an der gesellschaftlichen Basis gespürt wird, der „Regelungswut von Brüssel“ aufzuhängen. Wenn jetzt wenigstens das Problem in den Beziehungen von Bund und Ländern gesucht wird, ist das immerhin ein Fortschritt. Aber dieser Fortschritt wird dadurch konterkariert, dass die Ebene der Städte und Gemeinden nicht ernsthaft mit einbezogen wird.

### Die Basis als „ständiger Gast“

Der Bundestag hat die Debatte über die „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ unter schlechten Voraussetzungen begonnen. In die dazu eingesetzte Kommission<sup>1</sup> entsendet der Bundestag 16 stimmberechtigte Mitglieder und ebenfalls 16 der Bundesrat. Das Parlament verhandelt also mit Vertretern der Exekutive der Länder. Die Landtage dürfen insgesamt 6 „beratende Mitglieder“ entsenden. Den kommunalen Spitzenverbänden stehen insgesamt 3 sogenannte „ständige Gäste“ zu. Beratende Mitglieder und ständige Gäste haben zwar das Rede- und Antragsrecht. Mit den Mitteln der symbolischen Politik werden hier gleich mehrere Punkte geklärt: Bei den Ländern kommt es auf die Exekutivfunktion an. Die Landtage haben nicht zu entscheiden. Die kommunale Ebene wird nur in einer Gastfunktion zugelassen. Diese seltsame Konstruktion wurde in der Plenardebatte lediglich von der FDP<sup>2</sup> und der PDS<sup>3</sup> kritisiert.

Diese Konstruktion wird dazu führen, dass weder die Landtage noch die Kommunalpolitik sich ernsthaft mit der Frage der Neuordnung auseinandersetzen kann. Denn wo man nicht richtig vertreten ist und keine Kompetenzen hat, fällt es schwer, ein Thema interessant zu machen. Der deutsche Bundestag hat ein Problem ausgemacht und gleichzeitig den Schlüssel zur Lösung weggeworfen. Es wird sich zeigen, dass das Problem wesentlich auf den unbestimmten Beziehungen zwischen den Städten und Gemeinden in den Verdichtungsräumen der BRD beruht. Und es wird sich zeigen, dass die 16 Bundestagler und die 16 Landesregierer die Erfahrung und das Rüstzeug zur angemessenen Debatte der anstehenden Fragen nicht haben. Die drei „ständigen Gäste“ aus dem Umkreis der kommunalen Spitzenverbände werden es wohl nicht herausreißen können.

### Aus dem Hintergrund in den Vordergrund

Immerhin ermöglicht der Text des Einsetzungsbeschlusses eine öffentliche Dis-

kussion der Probleme. Immerhin sollen „Fragen zur „Modernisierung auch ... vor dem Hintergrund ... der Situation der Kommunen“ beleuchtet werden. Tut sich was im Hintergrund, kann die Kommission daran nicht umstandslos vorbei. In der kommunalpolitischen Strategiediskussion, die freilich sehr weit im Hintergrund abläuft, zeichnen sich durchaus mehrheitsfähige Ziele ab, die in den Vordergrund geschoben werden können. Da geht es in den großen Großstädten darum, die Zuständigkeiten der Bezirke angemessen zu bestimmen. Da muss die Kooperation der Verwaltungsebenen im Ballungsraum demokratisch legitimiert und kontrolliert werden. Und wie soll die Kompetenzteilung zwischen den bestehenden Bundesländern und den Großstädten organisiert werden? Manches spricht dafür, den Selbstverwaltungsgedanken im Schulwesen zu beleben. Das sind nur Beispiele.

Aber warum in Drei-Teufels-Namen fassen die Parteien nicht den gesamten Komplex an? Wie könnte erreicht werden, dass sie es doch tun?

Die Parteien fassen den genannten Komplex nicht an, weil die Behebung der Demokratiedefizite in den Ballungsräumen Einheiten schaffen würde, die außerordentlich schwer zu kontrollieren wären (bzw. auch schon sind.) Es ist z.B. für die bayerische Landesregierung nicht leicht, sich im Großraum München führend in Szene und ordnungspolitisch durchzusetzen. Käme es zu einer politischen Repräsentation dessen, was der bayerische Wirtschaftsminister Wiesheu jetzt als „Greather Munich“ steuert, was wäre dann die Staatsregierung?

### Der Länder-Finanzausgleich und die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen

Vor allem die Union und die FDP versuchen, das Systems des Finanzausgleichs zwischen den Ländern auszuhebeln. Der Länderfinanzausgleich entstand nach der Niederlage von Hitlers 3. Reich. Er ermöglichte gewissen Ländern, namentlich Bayern, sich auf Kosten vor allem von NRW zu modernisieren. Der Finanzausgleich diente dem Verfassungsziel der Herstellung gleicher bzw. gleichwertiger Lebensverhältnisse. Fassen die großen Parteien, wie es wahrscheinlich ist, das Organisationsproblem an der Stelle zwischen dem Bund und den Ländern an, werden sie die Entflechtung der erzwungenen Kooperation mit der Auflockerung oder Aufhebung dieses Verfassungsziels verbinden. Davor steht lediglich das Bundesverfassungsgericht, und auch dieses steht nicht mehr besonders fest.

Das Verfassungsziel hatte seinen harten Verfechter in der Gewerkschaftsbewegung. Es ist mit dem Flächentarifvertrag unzertrennlich verbunden. Aber das System der Flächentarifverträge ist umstritten und durchlöchert. Es wird in der öffentlichen Meinung als etwas Veraltetes wahrgenommen.

Stehen angesichts der Mehrheiten und der Situation in der öffentlichen Meinung Verfassungsänderungen an, die vor allem die Standortkonkurrenz entfesseln? Die Gefahr besteht. Andererseits entstehen in den Ballungsräumen als Antwort auf die spezifischen sozialen und politischen Probleme spezifische politische Bewegungen und Meinungen, die soziale Forderungen und Menschenrechte zusammenbringen.

Neben die Forderungen und durchgesetzten Verträge der Gewerkschaften im Arbeitsleben treten Anforderungen und gesicherte Leistungen an öffentlichen Gütern in der kommunalen Politik. Vielleicht entsteht ein neues Bündnis zwischen Gewerkschafts- und Bürgerbewegungen, und vielleicht können diese Initiativen auch auf die innerhalb der Institutionen gefährlich Irrlaufenden Einfluss gewinnen. maf

1 BTD 15/1685: „Einsetzung einer Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, Deutscher Bundestag, Drucksache 15/1685

[...]

„Die Kommission soll insbesondere

– „die Zuordnung

von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Bund und Länder

– Die Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte der Länder in der Bundesgesetzgebung und

– die Finanzbeziehungen (insbesondere Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen) zwischen Bund und Ländern überprüfen.

Sie soll die Fragen der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auch vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Situation der Kommunen beleuchten. Sofern die Kommission Änderungen des Grundgesetzes für erforderlich hält, legt sie den gesetzgebenden Körperschaften Formulierungsvorschläge vor.

[...]

2 FDP, Gerhardt, BTD 15/1685 Nach unserer Überzeugung wäre es besser gewesen, diese Aufgabe in einem Konvent zu verhandeln. Ich bin nämlich der Auffassung, dass wir keine abgestimmte Ausübung der Stimmrechte brauchen. Auch die Gemeinde- und Landtagsvertreter hätten wie wir Stimmrecht bekommen sollen. Ein Konvent hätte mehr politischen Druck als eine Kommission gemacht. Aber sei es drum! Sich überhaupt an diese Arbeit zu machen war für uns wichtiger.

3 PDS, Petra Pau ebd. „Es gibt seit geraumer Zeit einen Konvent deutscher Landesparlamente. Er befasst sich mit der Frage, wie den Landesparlamenten die ursächlichen Rechte wiedergegeben werden können und wie das Recht der Parlamentarier gegenüber den Regierenden gestärkt werden kann.

Dieser Konvent hat am 31. März dieses Jahres Repräsentanten bestimmt. Sie sollen die Interessen der Landesparlamente gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber den Landesregierungen vertreten. In der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat, die heute zur Debatte steht, findet sich das berechnete Anliegen der Landesparlamente allerdings überhaupt nicht wieder. Damit setzt sie sich über den erklärten Willen von rund 2000 Landesparlamentariern hinweg. Ich finde, das ist kein Fehlstart, sondern schlichtweg ein Foul.“

# Ehemalige Kindersoldaten haben im deutschen Asylverfahren keine Chance

Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Ehemalige Kindersoldaten in Deutschland“, die vom entwicklungspolitischen Kinderhilfswerk terre des hommes und dem Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge vorgestellt wurde. Die Studie stützt sich auf die Erfahrungen ehemaliger Kindersoldaten, die in Deutschland derzeit das Asylverfahren durchlaufen oder bereits durchlaufen haben. Dabei wird deutlich, dass das hiesige Asylrecht in keiner Weise auf die besondere Situation dieser Flüchtlingsgruppe eingeht.

„Das internationale Völkerrecht ist eindeutig: Kindersoldaten sind Opfer schwerster Kriegsverbrechen. Dennoch vertritt das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge die Meinung, dass es sich bei ehemaligen Kindersoldaten um Fahnenflüchtige ohne politische Verfolgung handelt,“ so Andreas Rister, Sprecher von terre des hommes. Fluchtgründe wie die Rekrutierung als Minderjähriger oder die Ermordung der Eltern würden nicht als asylrelevant anerkannt. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“

Albert Riedelsheimer vom Bundesfachverband ergänzt: „Die Studie hat zudem ergeben, dass die Kinder normaler-

weise stark traumatisiert sind. Weil Sprachschwierigkeiten noch hinzukommen, sind die Kinder kaum in der Lage, ein Asylverfahren erfolgreich durchzustehen. Wir fordern, im Asylverfahren die Situation der Kinder besser zu berücksichtigen“, so Riedelsheimer weiter.

terre des hommes engagiert sich seit vielen Jahren in Hilfsprojekten für ehemalige Kindersoldaten. Die Studie, die von der Journalistin Michaela Ludwig erstellt wurde, setzt sich mit der bisher kaum wahrgenommenen Problematik dieser Flüchtlinge in Deutschland auseinander. Sie ist ab sofort gedruckt oder als Download unter [www.tdh.de](http://www.tdh.de) kostenlos bei terre des hommes zu beziehen.

## Aus dem Vorwort der Herausgeber

Wer einmal als Kindersoldat rekrutiert wurde, hat kaum die Chance, die Armee oder bewaffnete Gruppe wieder zu verlassen, ohne von seinen ehemaligen Kameraden verfolgt und möglicherweise getötet zu werden. Das Kindersoldatendasein endet in der Regel mit Tod, Gefangenschaft, einer schweren Verletzung oder – allerdings selten – mit einem Friedensschluss und anschließender Entlassung. Den wenigsten gelingt die Flucht in ein sicheres Umfeld, wie zum Beispiel nach Deutschland. Aber wie sicher und rechtlich geschützt sind ehemalige Kindersoldaten in Deutschland?

Das Bundesamt für die Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge vertritt ebenso wie die Rechtsprechung die Meinung, dass es sich bei ehemaligen Kindersoldaten um Deserteure handelt. Die Fahnenflucht allein sei allerdings nicht für die

Anerkennung der Kindersoldaten als politischer Flüchtling ausreichend, es müssten noch zusätzliche politische Verfolgungstatbestände (ein so genannter Politmalus) hinzukommen.

Diese Auffassung, die auch von vielen Gerichten geteilt wird, bedarf dringend der Überprüfung. Sie steht in direktem Widerspruch zu den Positionen der Bundesregierung in der Frage der Kindersoldaten. Mit maßgeblicher Unterstützung Deutschlands wurde das Völkerrecht in den letzten Jahren im Hinblick auf die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten erweitert, ihr Schutz verbessert. Bisher fanden diese neuen Entwicklungen aber keine Berücksichtigung bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen im Asylverfahren. (...) Das internationale Völkerrecht stellt eindeutig klar, dass Kindersoldaten Opfer schwerster Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen sind.

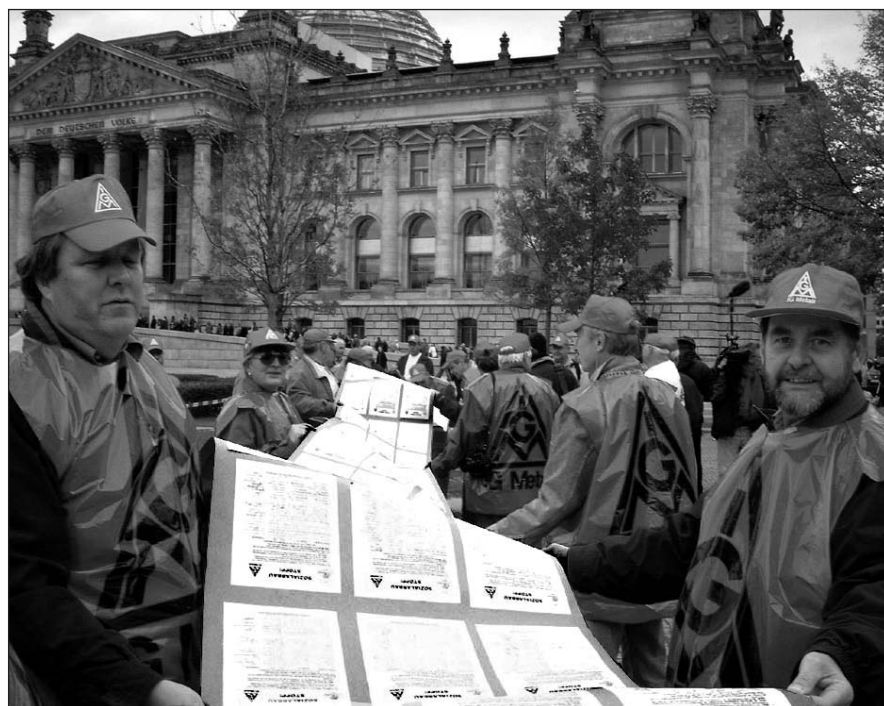
Wie lässt sich diese internationale Ächtung der Rekrutierung und des Kampfeinsatzes von Kindern mit der deutschen Asylpraxis vereinbaren, wo zu dem erlittenen Unrecht auch noch ein „Politmalus“ hinzukommen muss, um Asyl gewährt zu bekommen?

Warum kann die Teilnahme an einem Krieg als „unpolitisch“ definiert werden? Ist nicht die Fahnenflucht an sich eine hochpolitische Tat: Widerstand gegen brutale Unterdrückung, Angst und Missbrauch, aber auch dagegen, zu Gräueltaten gezwungen zu werden? Wieso zählt nicht als politische Verfolgung, wenn eine Rebellenarmee „Deserteure“ regelmäßig tötet oder eine Regierung gefangen genommene Kindersoldaten foltern und menschenunwürdig behandeln lässt? Wie lässt es sich rechtfertigen, diese Kinder und Jugendlichen in „interne Fluchtalternativen“ zurückzuschicken und wie will man ganz praktisch sicherstellen, dass sie diese Alternativregionen überhaupt lebend erreichen?

## Wichtige Erkenntnisse aus der Studie

Die Studie zeigt, dass ehemalige Kindersoldaten im deutschen Asylverfahren aus zwei wesentlichen Gründen keine Chance haben. Zum einen werden keine kinderspezifischen Fluchtgründe wie die Rekrutierung als Minderjähriger oder die Ermordung der Eltern als asylrelevant anerkannt. Zum anderen erschweren erhebliche psychische und zum Teil auch physische Probleme der Kinder ein erfolgreiches Verfahren. Auf Grund ihrer Erlebnisse, aber auch wegen fehlender Schulausbildung und Sprachschwierigkeiten sind sie in keiner Weise in der Lage, das Asylverfahren erfolgreich durchzustehen. Dies gilt für die unter 16-Jährigen, die zumindest Rat und Hilfe durch die Institutionen der Jugendhilfe erhalten, als auch in besonderem Maße für die älteren Jugendlichen, die wie Erwachsene behandelt werden.

(...) terre des hommes, 10. Oktober



**Mitglieder des Arbeitskreis Arbeitslosigkeit der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin haben am vergangenen Freitag (17.10.) 15.000 Unterschriften gegen die Agenda 2010, die in den vergangenen Monaten bei Infoständen vor Berliner Arbeitsämtern gesammelt worden waren, dem Bundestag als Petition übergeben – symbolisch in Form eines "Protestteppichs", der vor dem Reichstag ausgerollt war, aber auch in Form von zwei Ordnern voller Unterschriften.**



# Die USA und die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens

Ein knappes halbes Jahr nach dem offiziell verkündeten Ende der „Kampfhandlungen“ der USA und Großbritanniens gegen den Irak haben sich die Konflikte im Nahen/Mittleren Osten enorm verschärft.

Im Irak dauern die Angriffe auf die Besatzungsmächte und Sabotageaktionen an. Längst hat sich als Illusion erwiesen, dass ein einigermaßen stabiles Nachfolgeregime innerhalb weniger Monate etabliert und der Aufbau des Irak vor allem aus den Erlösen aus dem Erdöl finanziert werden könne. Während der Irak vor den Angriffen 2,7 Mio. Barrel Erdöl pro Tag produzierte, erreicht die Produktion heute nur selten 1 Mio. Auf der einen Seite können die USA nicht daran denken, die Präsenz der Besatzungstruppen zu reduzieren, auf der anderen Seite können sie in der bisherigen Größenordnung über Jahre hinweg auch nicht aufrecht erhalten, ohne entweder ihre weltweite Militärpräsenz zu reduzieren oder weitere Einheiten der Nationalgarde oder von Reservisten zu mobilisieren. Auch nach Verabschiedung der Irak-Resolution durch den UN-Sicherheitsrat ist eine nennenswerte Verstärkung durch Soldaten weiterer Länder nicht absehbar.

Vor wenigen Tagen hat jedoch das Parlament in Ankara die Entsendung türkischer Truppen beschlossen. Doch diese Unterstützung, für die die US-Regierung der Türkei Anleihen in Höhe von 8,5 Mrd. \$ zahlt, sorgt zugleich für neue Probleme. Nicht nur die nordirakischen Kurden laufen gegen den Einsatz türkischer Soldaten Sturm, auch der irakische Regierungsrat bekräftigte postwendend, dass man keine Soldaten aus Nachbarländern wünsche. Die türkischen Truppen – die Rede ist von 10.000 –, sollen zwar südlich der kurdischen Gebiete stationiert werden, im so genannten sunnitischen Dreieck. Da die türkischen Streitkräfte zu ihrem Einsatzort durch einen Korridor durch die kurdischen Gebiete gelangen, gehen Experten davon aus, dass bisher eher ruhige Gegenden zu neuen Kampfzonen werden.<sup>1</sup> Die Türkei wiederum nutzt die Bedrängnis der USA, um Forderungen auf Stationierung nördlich von Bagdad und damit auf Kontrolle der Verbindungswege zwischen der irakischen Hauptstadt und den kurdischen Gebieten zu erheben.

Aber ungeachtet der prekären Situation ihrer Besatzung des Irak eskaliert die US-Administration den Konflikt mit Iraks Nachbarn Syrien und Iran. Am 15. Oktober beschloss das Repräsentantenhaus gegen nur 4 Stimmen Sanktionen gegen Syrien. Das herrschende Baath-

Regime wird ultimativ aufgefordert, keine Terroristen mehr zu unterstützen, die 20.000 im Libanon stationierten Soldaten abzuziehen, auf Massenvernichtungswaffen und Langstreckenraketen zu verzichten und die illegale Lieferung von Waffen in den Irak einzustellen. Seit mehreren Jahren lag der Gesetzentwurf (Syria Accountability Act) beiden Häusern des US-Kongresses vor. Dass Syrien alle ihm vorgeworfenen Tatbestände – insbesondere die Produktion von Massenvernichtungswaffen – erfüllt, ist in keinsten Weise bewiesen. Aber darauf kommt es gar nicht an. Die USA haben mit dem Sanktionsbeschluss Kriegsgründe formuliert, die bodenlos sind als die offiziellen Kriegsgründe gegen den Irak, dafür aber noch härter.

Der Zeitpunkt der Drohung kommt nicht von ungefähr. Nur einige Tage zuvor, am 5. Oktober, hatte die israelische Luftwaffe ein angebliches Lager des palästinensischen Dschihad (tatsächlich handelte es sich um ein früheres, vor sechs Jahren schon geräumtes Ausbildungslager des PFLP-Generalkommandos) nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus bombardiert – eine Demonstration, die weniger den Palästinensern als vielmehr unmittelbar der syrischen Regierung galt. Seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem die Regierung Sharon Syrien und auch dem Iran nicht mit Krieg droht.<sup>2</sup> Ihre bisher eher zurückhaltende Reaktion auf den israelischen Angriff hat die syrische Regierung vor dem US-Sanktionsbeschluss nicht bewahrt. Die ultimative Aufforderung, die noch 20.000 im Libanon stationierten syrischen Soldaten abzuziehen, macht deutlich, worum es der US-Regierung geht: Sie will kein Land auch nur ansatzweise als Regionalmacht dulden, das mit den USA und der westlichen Welt nicht in besonderer Weise verbunden bzw. verbündet ist. Dass Syrien seit dem Jahr 2000 bereits 10.000 Soldaten abgezogen hat und sich am 25. Mai 2003 mit einem weiteren beschleunigten Rückzug aus dem Libanon einverstanden erklärt und ihn in Gang gesetzt hat, spielt dabei keine Rolle. Die US-Politik zielt, im Verbund mit den offenen Kriegsdrohungen Israels, auf die Destabilisierung Syriens und auf einen Regimewechsel.

Auch auf den Iran verstärken die USA und mit ihr die EU den Druck. Am 31. Oktober läuft ein Ultimatum der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) an Teheran aus. Die Behörde verlangt bis dahin vollständige Aufklärung über den Umfang des iranischen Atomprogramms und eine vorläufige Einstellung aller Ak-

tivitäten zur Urananreicherung. Außerdem fordert sie die Unterzeichnung eines Zusatzabkommens zum Atomsperrvertrag. Kommt der Iran den Forderungen nicht nach, wird die IAEA das Dossier an den UNO-Sicherheitsrat überreichen, der dann wahrscheinlich Sanktionen beschließt. Die EU-Außenminister haben Iran inzwischen den Abbruch aller Gespräche über ein umfassendes Handels- und Kooperationsabkommen angeordnet.<sup>3</sup>

## Entwicklungsprobleme, innere Widersprüche und entgegengesetzte Lösungswege

Die gefährliche Entwicklung gibt Anlass, über die Strategie der USA gegenüber dem Mittleren Osten und ihre Ziele erneut nachzudenken. Die Kritik, die USA hätten den Irak angegriffen, um sich des Öls zu bemächtigen („Kein Blut für Öl!“), greift zu kurz und erfasst das Vorgehen der USA nicht. Ginge es der Bush-Regierung allein oder in allererster Linie um die Kontrolle der Ölreichtümer des Irak und der Region, machte die Ausweitung des Konflikts, solange der Irak nicht „gesichert“ ist, keinen Sinn, und vor allem machte die Ausweitung des Konflikts auf Syrien keinen Sinn. Syrien ist arm, seine Erdöl- und Erdgasvorkommen sind gering. Seine Armee ist zwar vergleichsweise groß, ihre Ausrüstung ist jedoch veraltet, und eine ernstliche Bedrohung für die Streitmacht der USA im Mittleren Osten (oder für Israel) geht von Syrien nicht aus.

Alles lässt darauf schließen, dass die USA die Region als einheitlichen militärischen Einsatzraum betrachten, dass sie eine Strategie ausgearbeitet haben, die sich nicht auf den Irak beschränkt, sondern das Ziel der Neuordnung des gesamten Mittleren Ostens als ein Großwirtschaftsraum verfolgt. Es geht um nicht weniger als um die Erzwingung eines grundlegenden Wandels in der arabischen – und wahrscheinlich darüber hinaus in der islamischen – Welt, um ihre volle Erschließung für den Weltmarkt und die Einleitung einer umfassenden Modernisierung.

In der Zeitschrift „Orient-Journal“ skizzierte der Kieler Politikwissenschaftler Joachim Krause<sup>4</sup> nach dem Angriff auf den Irak, was dabei „innerhalb eines Zeitraums von zwei oder besser drei Jahrzehnten“ an Aufgaben zu erledigen sei: „• Der Wiederaufbau Iraks nach 30 Jahren Baath-Diktatur und die Herstellung einer modernen und primär säkularen Gesellschaft. • Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes im

Rahmen des Weges, der durch das so genannten Quartett vorgezeichnet wurde. • Der Kampf gegen weitere Herde des Extremismus in der Region, ohne die weder der israelisch-palästinensische Konflikt gelöst noch andere Aufgaben wahrgenommen werden können (z.B. Hisbollah im Süden Libanons etc.). • Die Verhinderung einer iranischen Nuklearbewaffnung und die Hilfe beim Übergang Irans zu einer modernen Zivilgesellschaft. • Weitere Maßnahmen gegen Massenvernichtungswaffen in der Region. • Die Einleitung grundlegender Reformen in den arabischen Staaten sowie in Pakistan und Afghanistan, mit denen eine Modernisierungsstrategie eingeleitet wird. • Die Unterstützung der Türkei als eines Landes, welches als erstes den Weg in eine säkulare Gesellschaft gewählt hat. • Die Schaffung einer mittelöstlichen Freihandelszone. • Die Förderung von Zivilgesellschaften in der Region.<sup>5</sup>

Die nächsten Ziele der USA sind nach dem Sturz des Saddam-Regimes Regimewechsel in den Nachbarländern des Irak, in Syrien, Iran und auf mittlere Sicht wohl auch in Saudi-Arabien. Wie können sie angesichts ihrer großen Probleme im Irak annehmen, den Krieg, der nicht als Raubkrieg um Öl, sondern als langandauernder Modernisierungsfeldzug angelegt ist, führen und gewinnen zu können? Ihr Risiko ist gewaltig. Die Folgen einer Niederlage werden in der US-Administration selbst als unübersehbar eingestuft.<sup>6</sup>

Der Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen im Irak kann leicht verdecken, dass nicht unerhebliche Teile der irakischen Bevölkerung mit dem Sturz des Saddam-Regimes große Hoffnungen auf Demokratie, auf wirtschaftliche Entwicklung und ein Ende der Isolation verbunden haben und immer noch verbinden. Die Hoffnungen schwinden und schlagen um in Hass, je weniger es der Besatzungsmacht gelingt, grundlegenden Daseinsbedingungen (wie Wasser- und Elektrizitätsversorgung etc.) sicherzustellen. Darauf zielen die tagtäglichen Angriffe. Dennoch sollte man sich nicht darüber täuschen, dass die Niederwerfung Saddams auch eine Art von Kollaboration mobilisiert, nicht nur in den kurdischen Gebieten, die nicht einfach als „Verrat an nationalen Interessen“ verstanden werden kann. Ähnlich verhalten sich die Dinge in den anderen arabischen Ländern; hier hat die Niederlage des Irak neben der Kritik am Angriffskrieg der USA eine vielfältige Re-

formdebatte ausgelöst.<sup>7</sup>

Ein von arabischen Autoren verfasster UN-Bericht zu Bildung und Wissenschaft in der arabischen Welt<sup>8</sup> kommt gerade in diesen Tagen zu dem Schluss, dass die Region gegenüber vergleichbaren Ländern erhebliche Rückstände bei Bildung und Ausbildung, bei der wissenschaftlichen Arbeit, der Buchproduktion oder bei Patentanmeldungen etc. aufweist. Das gilt nicht nur für diesen Bereich. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert, die sozialen Probleme türmen sich auf. Die Gesellschaften leiden unter der Unterdrückung der Frauen und von Minderheiten. Durchweg autoritäre Regierungen- und Verwaltungssysteme erweisen sich als eines der entscheidenden Hemmnisse der Entwicklung. Einer weiteren von arabischen Wissenschaftlern verfassten UN-Regionalstudie („Arab Human Development Report“) ist zu entnehmen, dass der Handelsaustausch zwischen den Staaten der Region ohne weiteres das Doppelte dessen betragen könnte, was er heute ausmacht.<sup>9</sup> Doch es ist nicht einmal möglich, ohne Visum von einem arabischen Land in ein anderes zu reisen. Große Probleme, die nur durch länderübergreifende Zusammenarbeit gelöst werden könnten, bleiben ungelöst, weil es eine solche Zusammenarbeit kaum gibt. Hier ist in allererster Linie das Wasserproblem zu nennen, dessen Lösung eine Grundbedingung der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region ist.

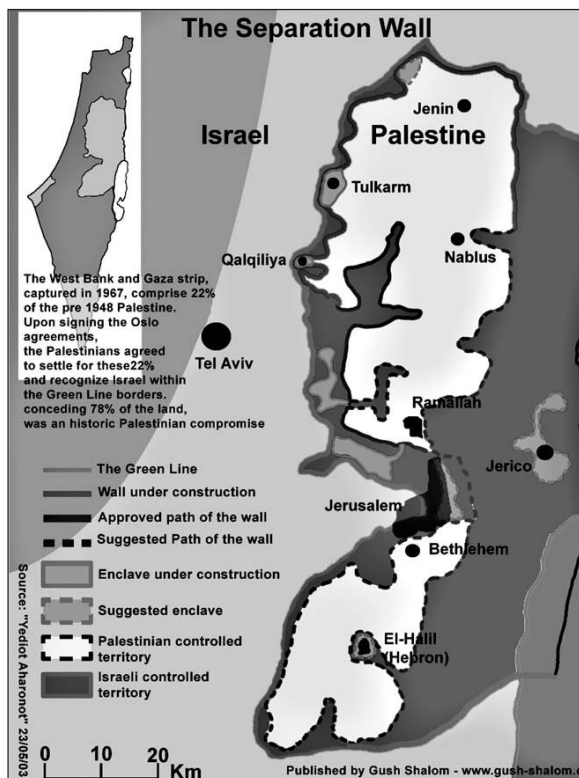
Diese Gegebenheiten reflektiert die US-Strategie zur Neuordnung des ge-

samten Nahen bzw. Mittleren Ostens. Wie im Irak baut sie auch gegenüber Syrien und Iran – hier besonders deutlich – nicht nur eine äußere Drohkulisse auf, sondern zielt sie auf die Mobilisierung innerer Faktoren.

Es soll in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass es ein großes und bleibendes Verdienst der PKK und heute der KADEK ist, mit dem Vorschlag einer Demokratischen Föderation des Mittleren Ostens einen emanzipatorischen Weg zur Lösung der gravierenden Entwicklungsprobleme aufgezeigt zu haben. Dieser Vorschlag ging von der Analyse aus, dass sämtliche Regime des Mittleren Ostens ihre Fähigkeit eingeübt haben, für die immensen Probleme der Region eine Lösung zu finden und dass eine solche Lösung nur durch die Überwindung dieser Regime und durch die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Völker der Region gefunden werden kann. Die PKK ist mit ihrem Vorschlag nicht zuletzt aufgrund der Haltung der USA und der BRD gescheitert. Die Neuordnungsstrategie der USA ist die reaktionäre, imperialistische Variante zur „Lösung“ eben dieser Entwicklungsprobleme zum Nutzen der kapitalistischen Globalisierer.

In dieser Strategie spielen Israel und – trotz Krise der Beziehungen zu den USA – die Türkei eine wesentliche Rolle als Frontstaaten und Ordnungsmächte. Je weiter sich die israelische und die türkische Gesellschaft in diese Rolle verstricken lassen, desto schwieriger wird es für sie, zu einer Frieden sichernden und Demokratie fördernden Lösung der palästinensischen bzw. der kurdischen Frage finden. scc

- 1 Thomas Pany, Die Türken kommen!, www.heise.de, 16.10.
- 2 Siehe dazu ausführlich: Knut Mellenthin, Eine neue Runde im „vierten Weltkrieg“: Syrien im Visier der USA und Israels, junge Welt, 16.10.
- 3 NZZ, 12.10., SZ, 29.9.
- 4 Joachim Krause, Neuordnung in Nahost: Thesen zu einer Revision deutscher Politik, in: Orient-Journal Frühjahr 2003, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Hamburg
- 5 Bemerkenswerter Weise spielt eine wie immer geartete Lösung Kurdenfrage in diesen Überlegungen keine Rolle.
- 6 Die Denkrichtung der Neokonservativen, die erheblichen Einfluss auf die Politik der Bush-Administration hat, sieht im Irak und im Nahen bzw. Mittleren Osten alles auf dem Spiel, die künftige Rolle der USA in der Welt und die Zukunft US-amerikanischer Außenpolitik. Ein Fehlschlag wäre „ein vernichtender Schlag für alles, was die USA in den nächsten Jahrzehnten zu verwirklichen hoffen, verwirklichen müssen“. So die Neokonservativen William Kristol und Robert Kagan, zitiert nach: Peter Rudolf, Amerikanische Irakpolitik – wie weiter?, in: SWP-Aktuell 36, September 2003
- 7 Dies berichtet u.a. Volker Perthes, Leiter der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik, Quelle: www.swp-berlin.org/figs/08/InterviewUniversitas\_prt.pdf
- 8 Die Welt, 21.10.03
- 9 Siehe Fußnote 7



**Die „Mauer“ trennt nicht nur palästinensische Bauern von ihrem Land, sondern schneidet die Westbank von einem Großteil ihres Wasserreservoirs ab**

# Gesetzentwurf von rechts

Einen Aufsehen erregenden Gesetzentwurf hat die italienische Regierungspartei Alleanza nazionale (An) vorgestellt. Sie will mit einem Gesetz die Verfassung im Artikel 48 dahingehend ergänzen, dass ein Kommunalwahlrecht für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten eingeführt wird. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Einwanderer aus Afrika, in deutlich niedrigerem Umfang aus den Philippinen, China, osteuropäischen und anderen Ländern. Dass ausgerechnet diese rechte Partei, die 1994 aus der faschistischen Nachfolgepartei MSI entstanden ist, einen solchen Vorstoß unternimmt, hat die italienische Politik schon in den vergangenen Tagen gehörig in Bewegung gebracht.

Das Wahlrecht ist in Art. 48 der Verfassung so formuliert: „Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger, Männer und Frauen, die volljährig sind ...“ Von der Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-Staatsangehörige wurde diese Formulierung nicht berührt. Der An-Gesetzentwurf hat nun folgenden Wortlaut: „Ausländern aus Nicht-EU-Staaten, die volljährig sind, die sich seit mindestens sechs Jahren ständig und regulär in Italien aufhalten, die aufenthaltsberechtigt sind aus einem Grund, der eine unbestimmte Anzahl von Verlängerungen zulässt, die ein Einkommen nachweisen, das für den eigenen Unterhalt und den der Familie ausreicht, gegen die kein Hauptverfahren eröffnet worden ist wegen Straftaten, für die eine Verhaftung obligatorisch oder möglich ist,

wird das aktive und passive Kommunalwahlrecht zuerkannt in Übereinstimmung mit den Regelungen für die Bürger aus EU-Staaten.

Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 wird denjenigen zuerkannt, die es beantragen und die sich in diesem Zusammenhang verpflichten, die grundlegenden Prinzipien der italienischen Verfassung anzuerkennen.“

Ins Auge fallen die einschränkenden Voraussetzungen, die teilweise mit der italienischen Verfassung selber kollidieren. So schränken die 6 Jahre Mindestaufenthalt den Personenkreis von vornherein stark ein. Eine Untersuchung, die die Wochenzeitung Panorama in Auftrag gegeben hat, kommt zu dem Schluss, dass von 2,4 Mio. Einwanderern lediglich 120.000 bis 150.000 das Kriterium dieser sechs Jahre erfüllen würden.

Der geforderte Einkommensnachweis

bindet das Wahlrecht praktisch an ein bestehendes Arbeitsverhältnis und eine ausreichende Einkommenshöhe. Das steht in klarem Gegensatz zu Art. 3 der Verfassung, nach dem alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Die politische Opposition bezeichnet diesen Aspekt deshalb als Rückfall in das Zensuswahlrecht, wo das Wahlrecht an Einkommen und Vermögen geknüpft war.

Schließlich soll schon die Eröffnung eines Strafverfahrens das Kommunalwahlrecht ausschließen. Nach der Verfassung ist die Entziehung des Wahlrechts nur wegen besonders schwerer Straftaten möglich. Außerdem wird nebenbei der Verfassungsgrundsatz der Unschuldsvermutung bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung außer Kraft gesetzt.

Das Wahlrecht soll sich auf die Kommunen beschränken, also etwa die Regionen und insbesondere das nationale Parlament ausklammern.

Die Einschränkungen sind also sehr groß, der praktisch erfasste Personenkreis ist dadurch offensichtlich verhältnismäßig klein. Für die Einschätzung des Vorhabens ist außerdem wichtig, dass An den Gesetzentwurf in eine Linie mit dem sogenannten Bossi-Fini-(Einwanderungs-)Gesetz stellt, mit dem die Regierung einvernehmlich eine scharfe Trennung eingeführt hatte zwischen Einwanderern mit Arbeit, denen eine beschränkte Verbesserung ihres Rechtsstatus zugestanden wurde, und den vielen nichtgemeldeten „Illegalen“, gegen die gnadenlose staatliche Härte gesetzlich sanktioniert wurde. Genau diese Unterscheidung soll nach der offiziellen Gesetzesbegründung fortgeführt und ausgebaut werden.

Nichtsdestotrotz laufen Kräfte auf der Rechten Sturm gegen das Vorhaben. Bossi von der Lega Nord, die ebenfalls an der Regierung beteiligt ist, bezeichnet Integration und Wahlrecht als „Irrtum, den nur einige Verrückte in Europa wollen“. Sein Sender Radio Padania hat gegen den Gesetzentwurf geschäumt. Er erhält Unterstützung von der faschistischen Gruppe Forza nuova, die vor der An-Zentrale eine Sitzblockade durchgeführt hat. Tagelang hat Bossi von Berlusconi verlangt, als Regierungschef den Gesetzentwurf des Koalitionspartners An zu verhindern, und mit seinem Rücktritt, also der Regierungskrise, gedroht. Der An-Parteichef Fini hat hoch gepokert und auch kaltschnäuzig die Regierungskrise



**Viele Flüchtlinge sind in Lager gesperrt**

in Kauf genommen. Berlusconi musste schließlich Bossi zum ersten Mal in den zweieinhalb Jahren der Rechtsregierung blockieren und erklären, es gäbe keine Bindung in der Regierungskoalition, die An an dem Gesetzentwurf hindere. Die politischen Kräfte und die Kommentatoren sehen in dem Vorgang eine klare Stärkung der Position von An und eine Schwächung von Bossi und dahinter vor allem von Berlusconi.

Das macht deutlich, dass ein zentrales Motiv von An mit dem Gesetzentwurf offenkundig eine Umgruppierung im bürgerlichen Lager ist. Tatsächlich ist Berlusconi mit seinem „Haus der Freiheiten“ in der größten Krise seit seinem Wahlsieg. Er hat die letzten Kommunalwahlen verloren. Einflussreiche bürgerliche Kreise wie auch die katholischen Hierarchien wenden sich zunehmend von ihm ab und kritisieren den Schaden, den Bossis und Berlusconis Extremismus anrichten. Es wird erwartet, dass die schroffen Widersprüche in der Regierung mit dem Ende der italienischen EU-Ratspräsidentschaft Anfang nächsten Jahres eskalieren werden. Die sozialen Auseinandersetzungen nehmen in den nächsten Wochen mit einer Reihe großer Streiks zu. Auch unter den Bürgerlichen kommt eine Diskussion über Alternativen zu Berlusconi auf. Vor diesem Hintergrund macht Finis Vorstoß den Eindruck eines geschickten Schachzugs, mit dem sich Fini selbst im bürgerlichen Lager nach vorne bringt. Und sich gleichzeitig neue Spielräume gegenüber der Opposition schafft.

Die Haltung der Mitte-Links-Opposition ist keineswegs klar und einheitlich, sondern schwankt zwischen Kritik an den einschränkenden Voraussetzungen für das Wahlrecht und der Freude, dass auf der Rechten ein Tabu gebrochen sei. D'Alema, der Präsident der oppositionellen Linksdemokraten, jubelt, dass das Ausländerwahlrecht erstmals eine Chance auf eine Mehrheit habe, und hat angeboten, den An-Text mit einem früheren Entwurf der Linksdemokraten zusammenzulegen. An hat daraufhin die Zustimmung zu einem Entwurf aus der Linken kategorisch ausgeschlossen. Aber die Kommentatoren registrieren aufmerksam, dass D'Alema zum ersten Mal Fini als einen Ansprechpartner in der Regierungskoalition behandelt hat, und manche wittern Anzeichen von „Großer Koalition“ (in deutsch). Ob eine solche Strategie der Mitte-Links-Opposition zum Erfolg verhelfen würde, muss man bezweifeln.

Rifondazione comunista hat das „Zensuswahlrecht“ abgelehnt und die Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs angekündigt. Verbände und Organisationen, die sich mit der Lage der Migranten befassen, lehnen die Einschränkungen des Wahlrechts und die Aufspaltung der Einwanderer in „gute“ Arbeitende und „schlechte“ Illegale ab und fordern die rechtliche Gleichstellung.

rok





*In den letzten Wochen erlebten Los Angeles und das südliche Kalifornien eine größere Anzahl von Streiks. Die Busfahrer streikten ebenso wie die Sheriffs für eine Lohnerhöhung, um wenigstens einen Ausgleich der Inflation zu erreichen. Die Mechaniker im öffentlichen Nahverkehr traten gegen die Kürzung ihrer Gesundheitsleistungen in den Streik. Um die Krankenversicherung geht es auch im ersten Streik im Einzelhandel seit 25 Jahren. Rund 70.000 Beschäftigte wehren sich gegen die Absicht der Warenhauskonzerne Saveway, Krogers, Albertsons und anderer, sich Hunderte von Millionen Dollar an Ausgaben für die betrieblichen Krankenversicherungen zu ersparen und dafür die Beiträge der Beschäftigten zu erhöhen bzw. die Leistungen zu senken, so wie es Walmart schon durchgezogen hat. Streik für den Schutz unserer Familien – Streik für der Erhalt der Gesundheitsversorgung zukünftiger Generationen von Einzelhandelsbeschäftigten, ist die Losung der Gewerkschaft UFCW. (Quelle: Indymedia)*

## Griechenland: Streikwelle im öffentlichen Dienst

Mitte Oktober gingen das Pflegepersonal und die Ärzte der staatlichen Krankenhäuser auf die Straße, um für eine deutliche Lohnerhöhung zu demonstrieren. Es streikten u.a. die Lehrerinnen an den Mittelschulen und das Lehrpersonal an den Universitäten ebenso wie die Taxifahrer. Eine Kundgebung der Gewerkschaft der Polizei vor dem Finanzministerium, bei der die Polizisten in den Sitzstreik gingen, wurde von Spezialeinheiten der Polizei unter Einsatz von Tränengas aufgelöst. Die Regierung behauptet, die Polizisten hätten einen bewaffneten Aufstand versucht. Tatsache ist, dass die Löhne in Griechenland extrem niedrig sind, so verdient z.B. ein Chirurg rund 1.140 Euro im Monat. Die meisten können sich nur über Wasser halten, indem sie nach ihrer „regulären“ Arbeit einem zweiten Job nachgehen. Die Umstellung auf den Euro im letzten Jahr hat zu einer massiven Teuerung geführt, die Preise stiegen seit Anfang 2002 um 35%. Und durch die Umstellung auf den Euro können nun viele Menschen Löhne und Lebenshaltungskosten leicht mit dem Niveau in anderen europäischen Ländern vergleichen und dabei feststellen, dass ihre Löhne zwar niedrig, die Preise aber ähnlich hoch sind wie andernorts. (Quelle: WoZ)

## Moskau: Über 20% der Bevölkerung leben unter dem Existenzminimum

Offiziellen Angaben zufolge leben 21,7% der Moskauer Einwohner unter dem

Existenzminimum, das bei 3.200 Rubel (ca. 91 Euro) im Monat liegt. Durch die Erhöhung der Mindestlöhne um 500 Euro hat sich amtlich die Zahl der in diesem Sinne Armen leicht reduziert, was umgekehrt bedeutet, dass Arbeit kein Leben auf oder über dem Existenzminimum sichert. Die Zahlen sind jedoch in zweierlei Hinsicht zu relativieren. Auf der einen Seite bekommen, wie die russische Zeitung Nowyje Iswestija schreibt, viele Moskauer ihren Lohn in einem „Umschlag“ – die Lohnzahlungen werden nirgendwo ausgewiesen, die Betriebe sparen sich die Steuern. Auf der anderen Seite sind die zahllosen Moskauer, die knapp über 3.200 Rubel verdienen, zwar der amtlichen Einteilung nach „Mittelklasse“, de facto aber arm. Überdies ist die Erhöhung der Mindestlöhne durch die Inflation kaum spürbar. Die Preise stiegen in Moskau überdurchschnittlich, um 8,5% in den ersten neun Monaten 2003. (Quelle: DW Monitor)

## Auseinandersetzung zwischen Moldova und Rumänien spitzt sich zu

Die Republik Moldava hat sich jetzt offiziell an den Europarat mit der Bitte gewandt, Hilfe bei der Bewältigung des Konflikts zu leisten. Rumänien war 1991 das erste Land, das die Unabhängigkeit der Republik anerkannte, wonach jedoch zahlreiche politischen Kräfte in Rumänien eine Kampagne zum Anschluss der ehemaligen Sowjetrepublik an Rumänien einleiteten. Auch in Moldawien selbst treten rechte Kräfte, u.a. die Christlich-Demokratische Volkspartei, für den Anschluss ein. Anfang Oktober

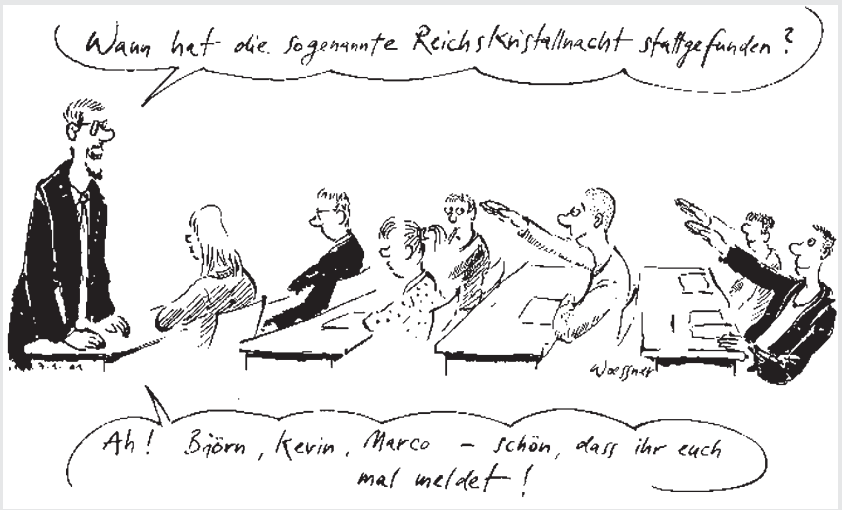
lehnte der rumänische Staatspräsident ab, einen politischen Grundlagenvertrag mit Moldova zu unterzeichnen, um die Option der Vereinigung offen zu halten – Grund für die Bitte an den Europarat. Bisher ist eine Mehrheit der Bevölkerung gegen den Anschluss an Rumänien. Doch die Perspektive der EU-Mitgliedschaft des Balkanstaates könnte die Kräfte für den Anschluss stärken und die Konflikte in Moldova selbst verschärfen. Besonders prekär ist die Lage, weil die überwiegend von Russen und Ukrainern bewohnte östliche Region Moldawiens, Transnistrien, ihre Unabhängigkeit beansprucht. Hier ist noch bis zum Jahresende die 14. russische Armee als „Friedenstruppe“ stationiert. In der EU gibt es Überlegungen, die russischen Truppen durch EU-Truppen abzulösen.

## Revanchistische Wühlarbeit in Polen

Der Vorsitzende des „Soziokulturellen Verbandes der Deutschen in Opole“, Hernyk Kroll, hat sich scharf gegen die Zeitung „Unser Oberschlesien“ ausgesprochen. „Unser Oberschlesien“ wurde fast 50 Jahre in der BRD herausgegeben, vor einigen Jahren wurde die Zeitung an den Senfkorn-Verlag A. Theisen in Görlitz übereignet, die Redaktion nahm ihren Sitz im polnischen Ort Góra Swietej Anny, der früher „Annaberg“ hieß. Für die Revanchistenverbände ist „Annaberg“ von großer symbolischer Bedeutung, weil hier 1921 deutsche Freikorps und Burschenschaftler polnischen Widerstand schlugen. 1934 errichteten das faschistische Deutsche Reich ein „Reichsehnenmal“ für die „oberschlesischen Befreiungskrieger“ dort. Ein Blick ins Impressum der Zeitung belehrt, dass „Unser Oberschlesien“ nach wie vor von der oberschlesischen Landsmannschaft herausgegeben wird. Kroll nun wirft dem Blatt vor, Artikel zu veröffentlichen, die der polnisch-deutschen Verständigung mit Sicherheit nicht gut tun. Auch dürfe „Annaberg“ nicht mit extremistischen Bestrebungen in Verbindung gebracht werden. Seine Kritik mag auf interne Querelen des soziokulturellen Verbandes zurückgehen. Immerhin macht er öffentlich, dass „Unser Oberschlesien“ Verbindungen zur „Organisation Bewegung für die Autonomie Schlesiens (BAS)“ pflegt. Ein Sprecher des in Görlitz gegründeten Polnisch-Deutschen Presseclubs charakterisierte den Chefredakteur A. Theisen als jemanden, der wisse, wie man „unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschenrechten einen klassischen Revisionismus propagieren kann, der beispielsweise dadurch ausgedrückt wird, dass man eine Entschädigung von Polen für Hab und Gut (fordert), das von den Deutschen nach 1945 zurückgelassen wurde“. (Quelle: DW Monitor und <http://www.oberschlesien.de>)

Zusammenstellung: scc

**FRANKFURT/ODER. Bundesweite Wanderausstellung „Deutschkunde – Karikaturen gegen rechte Gewalt“ startet.** Über 30 Bilder bekannter Karikaturisten (Skott, Tom, Kuroski, Rauschenbach etc.) zu den Themen: Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden bis zum 7.11.2003 im Frankfurter Friedrichsgymnasium zu sehen sein. Gemeinsam haben Opferperspektive Brandenburg e.V., der RAA Berlin und der Vereins Utopia e.V. eine Wanderausstellung für Schulen und Jugendclubs konzipiert. Das Projekt entstand auf Initiative von Berndt A. Skott, welcher 80 Karikaturisten dazu veranlasste, ihre Werke unentgeltlich in dem Buch „Deutschkunde“ bei der fifty-fifty-Edition zu veröffentlichen. Der Verkaufserlös wurde Opfern von rechter Gewalt gespendet. [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)



## Aktionen gegen Politik des sozialen Kahlschlags – Bericht von attac –

BERLIN. Mit Aktionen in rund 40 deutschen Städten protestierten Kritiker der Agenda 2010 am 20.10.2003 gegen die Politik des sozialen Kahlschlags. Attac-Mitglieder besuchten in mehr als 20 Städten Parteibüros von SPD und Grünen und beteiligten sich in zahlreichen weiteren Orten an Kundgebungen und Demonstrationen. „Während Spitzensteuersatz und Unternehmenssteuern sinken, werden Alte, Arme und Kranke zur Kasse gebeten“, kritisierte Sven Giegold vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. „Diesen sozialpolitischen Skandal wollen wir öffentlich machen.“

In Berlin begann der „Besuch“ des Willy-Brandt-Hauses bereits um 9 Uhr, doch 20 Mannschaftswagen der Polizei verhinderten zunächst eine Kontaktaufnahme. Ein öffentliches Gespräch über ihre unsoziale Politik lehnte die Partei ab. „Die SPD mauert sich ein“, kommentierte Giegold. „Die Angst vor einem Gespräch mit Bürgern scheint sehr groß zu sein.“ In Saarbrücken gab es hingegen am Vormittag ein Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Eugen Roth. Auch Niedersachsens SPD-Vorsitzender Wolfgang Jüttner will sich der Diskussion stellen.

In Wiesbaden gab Attac der SPD mit einem Schild den neuen Namen „Sozialabbau-Partei Deutschlands“, während SPD-Mitglieder ihr Parteibuch zurückgaben; in Nürnberg verhüllten Attac-Mitglieder das „S“ auf dem SPD-Schild. In Bonn bekamen die Grünen Besuch von einer Attac-Delegation. Weitere Büro-Besuche sind unter anderen in Hannover, Münster, Jena, Kassel, Magdeburg und Nordenham angekündigt.

Am Mittwoch, 22. Oktober 2003, stellen Mitglieder des Wissenschaftliches Beirats von Attac zudem einen Reader vor, der sich kritisch mit der Agenda 2010 auseinandersetzt.

Neben den lokalen Protesten ruft Attac auch zu einer bundesweiten Demon-

stration gegen Sozialabbau am 1. November in Berlin auf. *www.attac.de*

## Jugendstreik gegen Sozialkahl- schlag – eine Aktion in Kassel –

KASSEL. 1.500 Jugendliche aus Kassel waren am 18.10.2003 nicht bereit, ihrem Schul- und Ausbildungsalltag nachzugehen. Stattdessen streikten sie gegen den Sozialkahltschlag sowohl von Roland Koch auf Landes- als auch von Gerhard Schröder auf Bundesebene. In ihrem Bericht heißt es: „Mit dem Streik wollen wir den Grundstein legen für weitere Aktionen und auch die Lohnabhängigen zum Streik aufrufen. Mit Reden und Sprechchören wie „Mit den Diäten sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!“ oder „Streik in der Schule, Streik im Betrieb – unsere Antwort auf ihre Politik!“ wurde von uns bewusst die Brücke zu den Kürzungen gegen BeamtenInnen, Angestellten und ArbeiterInnen geschlagen. Mehrfach wurde die Forderung nach einem Generalstreik mit lautem Applaus bejubelt, denn nur so ist der Sozialkahltschlag zu stoppen. Auch die Forderung nach einer sozialistischen Alternative zu der kapitalistischen Profitwirtschaft, die immer wieder für die Herrschenden Sozialabbau nötig macht, wurde mit Applaus aufgenommen.“

Den Streik organisiert hatte das „Jugendaktionskomitee gegen Sozialkahl-schlag (JGS)“ was auf Initiative der SAV

– Sozialistische Alternative, widerstand international und der DGB Jugend Nordhessen gegründet wurde. Im Vorfeld organisierte das JGS Infoveranstaltungen an mehreren Kasseler Schulen. Den Höhepunkt fand diese Infotour an der Knippingschule, wo 150 SchülerInnen an der Veranstaltung teilnahmen.

<http://de.indymedia.org>

## Soziale Protestwoche an der Hamburger Universität HWP

HAMBURG. Der AstA der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) veranstaltet vom 20.10. – 26.10. 2003 eine Aktionswoche gegen die Politik des Rechtssenats in Hamburg. Der gravierende Sozialabbau in der Stadt, die zunehmende Diskriminierung und Ausgrenzung, die Vielzahl der Kürzungen, die folgenschweren Veränderungen in der Hamburger Hochschullandschaft, insbesondere die geplante Schließung der HWP und der Umgang des Senats mit alternativen Projekten veranlassten den AstA, eine soziale Protestwoche zu initiieren. Es soll Projekten, Organisationen und Institutionen mit unterschiedlicher Ausrichtung die Gelegenheit geben werden, ihre Situation zu schildern, sich gegebenenfalls zu vernetzen und gemeinsam aktiven Widerstand gegen die Senats-Un-Sozialpolitik zu leisten. Der Diskussion um Gegenstrategien und Per-





spektiven soll ebenfalls Raum eingeräumt werden. Jeder Tag ist ab nachmittags einem politischen Themenbereich gewidmet: • Montag: Asyl- und Flüchtlingspolitik • Dienstag: Soziale Projekte in Hamburg und bundesweiter Sozialabbau • Mittwoch: Bildung, Schule und Hochschule • Donnerstag: Sozialer Protest in Hamburg; Hafenstraße, Rote Flora, Bambule oder Versammlungsrechte in Hamburg • Freitag: Rechtspopulismus und staatlicher Umgang mit Rechtsextremismus.

[www.lichter-der-grossstadt.de](http://www.lichter-der-grossstadt.de)

## Bunte Absperrbänder gegen Antisemitismus

VLOTHO. Am Freitag, den 17. Oktober, begann im Vlothoer Collegium Humanum ein Seminar des berühmten Neonazis Horst Mahler. Das Publikum, das sich dort einfand, erinnerte kaum an die Bilder jugendlicher Neonazis. Nicht Glatze und Springerstiefel waren das vorherrschende Outfit, sondern Kaschmirmäntel und Lodenjacken. Die Damen und Herren waren aus Hamburg, Berlin, Duisburg, Wiesbaden, Kassel, oder Duisburg angereist, und das breit angekündigte Wochenendseminar sollte eine „Einführung in Hegels Geschichtsphilosophie“ vermitteln.

Rund 40 engagierte AntifaschistInnen fanden sich im Laufe des Nachmittags und Abends vor dem Collegium Humanum in Vlotho ein, um gegen antisemitische Hetze zu protestieren. Das Seminarhaus steht seit Jahrzehnten für neonazistische Veranstaltungen zur Verfügung. Erst am 11. April diesen Jahres fand dort eine Veranstaltung der „Gesellschaft für freie Publizistik“ statt, bei der Mahler vor der ostwestfälischen Neonaziszene referierte. Mit bunten Absperrbändern waren die Zufahrten zu dem abgelegenen Seminarhaus markiert worden. Mit den NachbarInnen kamen an den symbolischen Absperrungen interessante Gespräche zustande und den anreisenden Neonazis wurde deutlich gemacht, dass sie hier nicht erwünscht sind. Etliche drehten auch sofort wieder um, während andere versuchten, durch Wald und Gebüsch die protestierenden Gruppen zu umgehen.

Die lokale Polizei verhielt sich kooperativ und riet den Neonazis vom Besuch der Veranstaltung ab. Erst nach vier Stunden, die AntifaschistInnen waren bereits Richtung Vlotho aufgebrochen, erschien die ostwestfälische Bezirksreserve der Polizei mit einer Überzahl an Beamten und erteilte Platzverweise. Dabei wurden auch die Personalien von AntifaschistInnen aufgenommen und Ermittlungsverfahren angekündigt. Dennoch werteten TeilnehmerInnen ihren Protest als erfolgreich. Den Neonazis konnte deutlich gemacht werden, dass antisemitische Veranstaltungen nicht als Normalität hingenommen werden.

[www.antifa-west.org](http://www.antifa-west.org)

## Muff-in gegen Ausgrenzung – eine symbolische Platzbesetzung

BREMEN. Am 16.10.2003 fand in Bremen eine symbolische Besetzung des Bahnhofsvorplatzes statt, um gegen die ständige Vertreibung von Obdachlosen, Junkies, Punks und anderen, die sich dort einfach aufhalten wollen, zu protestieren. Bei Kaffee und Kuchen (Muffins) ließen sich ca. 70 Personen aus der Polit-Szene gemeinsam mit Punks und Obdachlosen auf dem Platz nieder, von dem sonst alle vertrieben werden.

Die Vertreibung wird dadurch mög-



lich, dass der Bahnhofsbereich als Gefahrenbereich deklariert wird. Dies ermöglicht der Polizei ständige, willkürliche, schikanöse Kontrollen von Menschen, die politisch nicht gewollt sind. Dadurch wird der Platz quasi privatisiert: Nur noch diejenigen, die angepasst und mit dem nötigen Mittel ausgestattet sind, dürfen den Platz für ihre Zwecke nutzen. Dagegen werden diejenigen, die sonst keinen Ort haben, um sich zu treffen, von den einzigen Orten in denen dies ginge – dem öffentlichen Raum – ausgeschlossen. FeliZ Plenum erklärt dagegen: „Wir wollen das nicht hinnehmen, sehen die Vertreibungen als Teil sozialer Ausgrenzung von Menschen. Öffentliche Plätze sind für alle da.“

FeliZ Plenum. <http://de.indymedia.org>

## 1000 Münchner demonstrieren Solidarität mit jüdischen Mitbürgern

MÜNCHEN. Angesichts der jüngst aufgedeckten Anschlagpläne von Neonazis gegen das geplante Münchner Jüdische Zentrum demonstrierten am 19.10.2003 rund 1.000 Menschen in der bayerischen Landeshauptstadt ihre Solidarität mit jüdischen Mitbürgern. Zu einer Kundgebung auf dem Sankt-Jakobsplatz hatte das parteiübergreifende „Bündnis für Toleranz“ aufgerufen, dem unter anderem Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbände angehören.

„Es gibt in der Bevölkerung keinen Rückhalt für den braunen Sumpf“, zeigte sich Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) auf der letzten großen Kundgebung vor Baubeginn des Jüdischen Zentrums am 9. November zuversichtlich. Während der katholische Weihbischof Engelbert Siebler den notorischen Antisemiten und Hitler-Verehrer Kardinal

Faulhaber als Beispiel des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus präsentierte, bekannte sich die evangelische Regionalbischöfin Susanne Breit-Keffler zur Mitschuld der Kirche an der Shoa.

Rechtsextreme Propaganda sei die Vorstufe zu Gewalt und Mord und könne nicht als eine gleichberechtigte Meinung unter anderen geduldet werden, kritisierte der Münchner DGB-Vorsitzende Helmut Schmid den Umgang staatlicher und städtischer Stellen mit rechtsextremen Demonstrationen. Schmid rief zur Solidarität mit den kürzlich vom Münchner Amtsgericht verurteilten Antifaschisten auf, die im vergangenen Jahr versucht hatten, rechte Aufmärsche gegen die Wehrmachtsausstellung zu stoppen. Verbote rechtsextremer Organisationen genügten allerdings nicht. Vielmehr sei soziale Sicherheit eine Voraussetzung des Kampfes gegen den Neonazismus, erklärte Schmid. Nick Brauns, *junge welt*, [www.linkeseite.de](http://www.linkeseite.de)

## 13. Antirassistischer/Antifaschistischer Ratschlag Thüringen 2003

MEININGEN. Der 13. Antirassistische/Antifaschistische Ratschlag Thüringen 2003 findet am 7./8. November in Meiningen statt. Als ob die trüben Aussichten für das Zuwanderungsgesetz nicht reichten, wird mit der Agenda 2010 nicht „nur“ die Lage der Erwerbslosen und Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen verschlechtert, sondern bedroht ca. 200.000 Nicht-EU-BürgerInnen in ihrem Aufenthalt. Wer zukünftig keine Arbeitslosenhilfe mehr erhält, sondern zum Sozialamt muss und nicht EU-Bürger ist, kann weder einen unbefristeten Aufenthalt bekommen noch wird er eingebürgert. Sogar zur Ausweisung kann die Sozialhilfeabhängigkeit führen.

Nach einer Veranstaltung am Freitagabend gibt es am Samstag eine Demonstration/Mahngang und danach die Uraufführung „Stimmen aus Jerusalem“. Anschließend finden Foren zu folgenden Themen statt: • BrandSätze – Rassismus und Sprache • Statt Sozialneid und Rassismus: Gleichbehandlung und Solidarität • Der Nahost-Konflikt und seine politische Reflexion in den Medien • Wurzeln des Antisemitismus – jüdisches Leben in Meiningen bis zur Deportation in die Vernichtungslager • Hip Hop und die Neue Rechte • „Mutter“-sprache, Nationalismus und Ausschluss • Militarisierung als Mittel europäischer Abschottungspolitik <http://lag-antifa.org>

## 7. - 8. November 2003 - Meiningen





# 40 000 werben bundesweit für mehr Geld in den Kassen

**BERLIN. PM VER.DI.** 40.000 Menschen sind am 17.10.2003 bundesweit in 120 Städten dem Aufruf der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) gefolgt und haben in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen für eine solide Finanzausstattung von Städten und Gemeinden demonstriert. Mit Weckern und klingelnden Handys weckten sie die Verantwortlichen auf. Es sei allerhöchste Zeit, die dramatische Lage der öffentlichen Kassen zu verbes-

sern und damit die Zukunft von Städten und Gemeinden zu sichern. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske unterstrich die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der Gemeinde финанzen. Der im Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf zeige erste Ansätze dazu: „Der Kompromiss bleibt aber hinter unseren Erwartungen zurück. Das Werben für eine wirkungsvolle Gemeindefinanzreform muss deshalb mit allem Nachdruck fortgesetzt werden“, sag-

te Bsirske. Die Umsetzung des sogenannten Kommunalmodells hätte den Gemeinden 900 Millionen Euro mehr gebracht als jetzt zu erwarten sei. „Diese 900 Millionen sind keine Peanuts und werden für Kindergärten, Pflegeheime, Bibliotheken, für den Erhalt der gesamten öffentlichen Infrastruktur dringend gebraucht“, unterstrich der Gewerkschafter. Daher sei es falsch, die Kapitalgesellschaften weiter zu entlasten. Zahlten die Unternehmen

## Auszug aus der Rede von Hans-Georg Harms, ver.di Ennepe-Ruhr, auf der Demonstration gegen Sozialabbau und kommunalen Ausverkauf am 18.10.2003 in Witten

Die Stadt in der wir leben, braucht doch genügend Geld um Schulen, Kindergärten und Bibliotheken zu betreiben, um Bauanträge und Ausweisverlängerungen schnell zu erledigen, um den Menschen durch öffentliche Verkehrsmittel Mobilität zu garantieren, ihnen Wasser und Strom ins Haus zu liefern, Rettungsdienst und Feuerwehr zu stellen und den Müll abzuholen.

- Wir brauchen darum eine Gemeindefinanzreform, die eine nachhaltige konjunkturunabhängige Einnahme für die Gemeinden zur Folge hat, damit sie politik- und handlungsfähig bleiben oder wieder werden. Das bedeutet auch, dass insbesondere Investitionen und damit Aufträge für den Mittelstand über ein Sofortprogramm in Höhe von 20 Milliarden Euro auf den Weg gebracht werden. Das bewirkt mehr, als alle Vorhaben aus der Hartz-Kommission zusammen genommen. Das hat etwas mit zukunftsweisender Politik zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ver.di und der DGB waren immer dafür, unseren Staat zu reformieren.

- Der Spitzensteuersatz für die Höchstverdienenden muss nicht gesenkt werden. Das bringt dem Staat 6 Milliarden jährlich an Einnahmen.

- Lasst uns eine reformierte Vermögenssteuer einführen. Das bringt 16 Milliarden Euro jährlich in die öffentlichen Kassen.

- Eine für die Kommunen kalkulierbare Gewerbesteuer ist nötig. Deshalb muss sie auch auf Zinsen, Mieten und Leasingraten erhoben werden. Das bringt zusätzlich 3,5 Milliarden Euro. Hier ist die Regierung auf dem richtigen Weg.

- Große Industriekonzerne müssen verstärkt zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Viele DAX-notierte Unternehmen zahlen heute keinerlei Steuern. Dieser von der Regierung geduldete und geförderte Skandal kostet uns jährlich viele Milliarden Euro. Siemens zum Beispiel erzielte 2002 den zweithöchsten Gewinn in der Firmengeschichte. Im gleichen Jahr bekam das Unternehmen 300 Millionen Euro vom deutschen Fiskus zurück.

- Steuerschlupflöcher wie die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne und Dividenden, die von Tochterfirmen ausgeschüttet werden, müssen geschlossen und die Steuerprüfungen der Unternehmen intensiviert werden. Das schafft Arbeitsplätze, denn jeder Steuerprüfer und jede Steuerprüferin in diesem Bereich bringt mehr Gewinne in die öffentlichen

Kassen als die entstandenen Lohnkosten.

- Es wird Zeit, den Umsatzsteuerbetrug wirksam zu bekämpfen. Um rund 14 Milliarden Euro wurde der Staat 2001 betrogen. 10 Milliarden Euro waren laut Handelsblatt „normale“ Umsatzsteuerhinterziehung und 4 Milliarden Euro sind illegalen Karussellgeschäften zuzurechnen.

- Lasst uns endlich die Börsenumsatz- und Spekulationssteuer einführen. In London gibt es sie schon. Es kann doch nicht sein, dass wir auf jeden Verdienst Steuern zahlen sollen, während Börsenspekulanten verschont bleiben.

- Die Erbschaftssteuer bedarf der Reform. Niemand will den Erben von „Oma ihr klein Häuschen“ etwas wegnehmen. Aber wer ganze Häuserzeilen erbt, sollte schon einen Beitrag leisten, um die Gemeinschaftsaufgaben unseres Staates zu finanzieren.

Aber es gibt noch mehr zu reformieren:

- Das Bildungssystem kann nur mit den Betroffenen und nicht gegen sie reformiert werden. Milchmädchenrechnungen wie die Heraufsetzung der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer helfen uns nicht. Zudem fängt Bildung sehr viel früher an. Stichwort Kindergarten: statt die Qualifizierung der Beschäftigten zu verbessern, muss aufgrund von Finanzkürzungen mit Personalreduzierungen bis hin zur Schließung von Einrichtungen gerechnet werden. Stichwort Ganztagschule: Wo sind die Kooperationen mit den Horten, wo sind die pädagogischen Konzepte, wo sind die qualitativen Verbesserungen?

- Das Gesundheitssystem in wesentlichen Bereichen zu privatisieren ist kein Fortschritt sondern ein Rückschritt. Das ist Postkutsche im Zeitalter von Ferrari und ICE. Risiken insbesondere der Krankenversicherung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzuwälzen und gleichzeitig die Arbeitgeber zu entlasten bedeutet, einen Grundpfeiler unserer Gesellschaft zu demontieren.

Das sind die zukünftigen großen Baustellen. In NRW werden die Auseinandersetzung um den Doppelhaushalt 2004/2005 nicht aufhören, sondern zunehmen. Der Doppelhaushalt dieses Lan-

### verdi-Aktion in Augsburg:

**Plakate und Transparente machten bei der Kundgebung auf dem Rathausplatz deutlich, was den Bürgern bevorstehen kann. Werden die Forderungen nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform nicht erfüllt, gehen die Rathäuser baden.**



# assen von Städten und Gemeinden

Neues IHK-Papier will die Zerschlagung der kommunalen Selbstverwaltung

## Kölner IHK will „Umwidmung des städtischen Vermögens“

„Angesichts knapper Mittel und kaum noch vorhandener Kreditfinanzierungsmöglichkeiten führt kein Weg daran vorbei, wünschenswerte und notwendige Investitionen durch Veräußerung von Vermögen und Vermögensbeteiligungen zu finanzieren. Nur so lässt sich ein Spielraum für Zukunftsinvestitionen der Stadt zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur eröffnen. Eine solche ‚Umwidmung‘ des städtischen Vermögens zur Konzentration auf die Kernaufgaben bedarf eines konkreten ‚Masterplans‘, um die schleichende und scheinbar Veräußerung immer neuer Vermögenswerte zum Stopfen aktueller Haushaltslöcher zu verhindern.“

So deutliche Worte hat die Kölner Wirtschaft schon lange nicht mehr von sich gegeben. Städtisches Vermögen soll verkauft werden, um die „Stärkung der Wirtschaftsstruktur“ zu betreiben. Nach der SPD und der CDU will sich jetzt die IHK bedienen und zwar offen und nicht verdeckt. Faktisch will die Vollversammlung der IHK, die diesen Beschluss verabschiedet hat, eine Zerschlagung der sozialen Marktwirtschaft. Seit geraumer Zeit spricht die IHK immer davon, die Stadt solle sich auf die „Kernaufgaben“ „zurückziehen“ bzw. es müsse geklärt werden, welche Leistungen im Bereich Strom, Wasser, ÖPNV überhaupt in städtischer Hand bleiben müssen. Jetzt sind sie aber noch einen Schritt weiter gegangen, indem sie behaupten, städtisches Vermögen müsse zu Gunsten der Wirtschaft überführt werden.

Die IHK-Thesen verstoßen im Kern gegen das Grundgesetz Artikel 28, aber auch gegen die Landesverfassung und die Gemeindeordnung. Die Gemeindeordnung §1 besagt, dass die Gemeinden „die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues“ sind: „Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“

Wer die kommunale Selbstverwaltung zerschlagen will, unterhöhlt die bürgerliche Demokratie und leitet einen Prozess der Entsolidarisierung ein: Wasser auf die Mühlen der Faschisten.

Wenn die IHK in ihrem Papier sagt, „die Eigenerstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Stadt selbst darf nur ultima ratio sein (das letzte Mittel, d. Red.), dann wird die Kommune noch nicht einmal zu einer Zahlstelle zur Auszahlung der Sozialhilfe, denn auch dafür würde die IHK noch einen „Privaten“ finden.

Jörg Detjen

Dokument folgende Seite

bislang noch rund 16 Milliarden Euro Gewerbesteuer, wären es künftig nur noch 14,5 Milliarden Euro. „Die Unternehmen erwarten eine funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur, sind aber nicht bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten. Und die Regierung akzeptiert das“, kritisierte Bsirske. Er kündigte weitere ver.di-Aktionen für eine wirkungsvolle Gemeindefinanzreform in den nächsten Wochen an. Wesentliche Bestandteile des Koalitionskompromisses

seien bereits von Seiten der CDU/CSU zurück gewiesen worden. Es komme jetzt darauf an, dem Regierungskompromiss eine Mehrheit im Bundesrat zu sichern und nicht mehr hinter das Erreichte zurück zu fallen: „Wenn die Opposition im Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmt, müssen noch mehr öffentliche Einrichtungen geschlossen werden. Das können wir uns nicht leisten“, warnte Bsirske. [www.verdi.de/gemeindefinanzen](http://www.verdi.de/gemeindefinanzen)

## Arbeitsniederlegungen bei Bosch, Daimler, Porsche und WP

STUTTGART. Mehrere tausend Beschäftigte von Bosch, Daimler-Chrysler, Porsche und Werner & Pfleiderer in Stuttgart haben vor wenigen Tagen die Arbeit für bis zu einer Stunde niedergelegt, um gegen die Verschlechterung des Tarifrechts, eine Erhöhung der Arbeitszeit und weiteren Sozialabbau zu protestieren.

„Hände weg von den Tarifverträgen“, forderte Helmut Lense vor protestierenden Daimler-Beschäftigten. „Wer sich daran vergreift“, so der Betriebsratsvorsitzende von Daimler in Stuttgart, „soll sich die Finger verbrennen.“ Dies gelte auch für die Bundesregierung. Das Tarifvertragsgesetz dürfe nicht im Bundesrat geopfert werden, um damit die Zustimmung zu anderen Gesetzen zu bekommen. Die SPD solle sich gut überlegen, „woher sie ihre Stimmen bei der Bundestagswahl bekam“. Ansonsten werde ihr es genauso gehen wie in Bayern.

„Die Tarifverträgen sollen durchlöchert werden wie Schweizer Käse“, empörte sich Betriebsrat Hartwig Geisel vor Tor 1 von Bosch in Feuerbach. Die Forderung des neuen Bosch-Chefs Franz Fehrenbach nach einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden sei „ein Vorgeschmack dessen, was uns dann blühen könnte“. Bosch sei durch die Tarifverträge „nicht schwächer geworden, sondern heute der weltweit zweitgrößte Autozulieferer“, erklärte Roland Saur, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende.

Ähnlich äußerte sich Uwe Hück bei einer Kundgebung bei Porsche in Zuffenhausen: „Die Tarifverträge schützen die Belegschaften und Betriebsräte vor Erpressungsdruck der Arbeitgeber.“ Hück appellierte an Kanzler Gerhard Schröder, Wort zu halten und die Wurzeln der SPD nicht zu vergessen. Die Redner bei den Kundgebungen griffen die unsozialen Vorschläge der FDP und der CDU (Herzog-Kommission) an, verurteilten aber auch Gerhard Schröders Agenda 2010. (IG Metall regional, Oktober 2003)



des wird nicht nur zu längeren Arbeitszeiten und Kürzungen bzw. Streichung von Urlaubs und Weihnachtsgeld, sondern auch dazu führen, dass Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, soziale und kulturelle Einrichtungen schließen müssen. Sozialverbände, Initiativen, Parlamentarier, Wissenschaftler, Frauen- und kirchliche Verbände haben sich mit ver.di NRW und anderen Gewerkschaften in der Initiative „Soziale Bewegung NRW“ zusammen geschlossen. Fast wöchentlich entstehen neue Initiativen vor Ort, wie das Wittener Sozialforum, die die Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen suchen.

Ich wünsche mir, zum Abschluss, dass mindestens 50% von Euch in ihrem Stadtteil, in ihrem Betrieb, in ihrer Verwaltung, in ihrem Freizeitbereich ihre Interessen aktiv artikulieren und gemeinsam mit anderen Menschen dafür eintreten, dass in unserem Land endlich wieder eine Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht wird. Halten wir es mit Erich Kästner, der sagte: „Nie sollst Du so tief sinken / Aus dem Kakao / Durch den man Dich zieht / Auch noch zu trinken“

Liebe Leute, Gegenwehr ist angesagt!! Lasst uns zubeissen, solange wir uns die Zähne noch leisten können!! Und immer dran denken: Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den... wenn er sie noch hat.

Bilder: [www.galerie-arbeiterfotografie.de](http://www.galerie-arbeiterfotografie.de)



## Perspektive für eine moderne Stadt. Anforderungen der Wirtschaft an die Zukunft der Stadt

Ein Dokument der Industrie- und Handelskammer zu Köln, [www.ihk-koeln.de](http://www.ihk-koeln.de), Stand: Oktober 2003. – **Kommentar siehe Seite 13**

Städte und Regionen konkurrieren heute und in Zukunft mehr denn je um Menschen, Unternehmen, Wissens- und Kultureinrichtungen. Besondere Herausforderungen bilden dabei die demografische Entwicklung und die zunehmende weltweite Vernetzung von Unternehmen und Märkten. Standorte werden kritischer beurteilt, Unternehmen werden mobiler, der Wettbewerb unter den Städten und Regionen wird härter. Das gilt auch für Köln. Um als Teil einer europäischen Metropolregion am Rhein in diesem Wettbewerb an Profil zu gewinnen, werden in der Leitbilddebatte zur Zeit Entwicklungsziele für die Zeit bis 2020 erarbeitet. Diese betreffen die Stadtgestaltung, die Entwicklung Kölns zu einer dynamischen Wirtschaftsmetropole und den Ausbau zur „Wissensstadt Köln“, in der Bildung und Forschung einen besonderen Schwerpunkt einnehmen. Zudem stehen eine Vielzahl städtebaulicher Großvorhaben auf der Agenda. Angesichts der tiefgreifenden Finanzkrise der Stadt droht jedoch eine fatale Lähmung für fast ein Jahrzehnt bei weiteren erheblichen Qualitätsverlusten quer durch das gesamte Leistungsspektrum. Die Kölner Ratspolitik kommt um eine klare Prioritätensetzung verbunden mit dem Verzicht auf Liebgewonnenes nicht herum. Nur so wird Köln schneller wieder handlungsfähig und die eigentlichen Kernaufgaben sichern können.

■ 1. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt ab von einer klaren, transparenten und verlässlichen Standortpolitik, dazu gehört:

– Ein klares Bekenntnis zur Wirtschaft und das Selbstverständnis als Wirtschaftsmetropole – Wirtschaftsförderung wird als Chefsache behandelt. – ein verlässliches und zugleich zukunftsoffenes städtebauliches Entwicklungskonzept; – das Vortreiben von prioritären Entwicklungsprojekten wie bsp. Deutz/Messe; – eine angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik; – ein zukunftsorientierter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur; – die Öffnung für den Strukturwandel und ein aktives Aufgreifen von Zukunftsthemen und -branchen; – ein aktives Standortmarketing zur Bestandspflege und Neuakquisition; – die Einbindung in einen regionalen Kontext mit Düsseldorf, Bonn und dem Umland.

■ 2. Eine gut funktionierende, effiziente Verwaltung ist ein entscheidender Standortfaktor. Dies bedeutet klare Zuständigkeiten, reibungslose Kooperation, hohe Managementqualität. Die Qualität der Stadtplanung, die Verwaltungsprozesse in Genehmigungsverfahren, aber auch der bauliche Zustand und die Sauberkeit von Straßen, Plätzen und Grünanlagen, die Qualität des ÖPNV wie der Schulgebäude usw. sind für die Bewertung eines Standorts von hohem Gewicht.

■ 3. Die Stadt Köln begegnet der Finanznot bisher mit typischer Mangelverwaltung.

Die Aufgaben und Prozesse werden nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Kraft zur wirklichen Setzung von Prioritäten fehlt. Statt dessen wird überall ein wenig gekürzt, wohl wissend, dass die verbleibenden Mittel für eine adäquate Aufgabenerfüllung nicht ausreichen und der Substanzverzehr zu Belastungen der Zukunft führt. Auf diese Weise lässt sich das strukturelle Defizit nur scheinbar reduzieren, der Prozess zu einem wieder ausgeglichenen Verwaltungshaushalt wird unnötig in die Länge gezogen. Strategisch wichtige Projekte werden immer weiter nach hinten verschoben. Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt leiden.

■ 4. Um den Anforderungen an die Stadt der Zukunft und den Zielvorstellungen im Leitbild für Köln einigermaßen gerecht zu werden, muss sich die Stadt von vielen nicht mehr adäquaten Aufgaben trennen und sich auf ihre Kernaufgaben zurückziehen. Dies ist schon deshalb zwingend, weil sonst das Risiko besteht, dass nicht einmal diese Kernaufgaben anforderungsgerecht wahrgenommen werden können. Zu diesen Kernaufgaben gehört als vornehmste Aufgabe die Planungshoheit (Stadtentwicklung und Stadtplanung), gehören Aufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung und eine Reihe weiterer von Land und Bund übertragener Aufgaben insbesondere im sozialpolitischen Bereich. Allerdings müssen auch in diesen Bereichen sämtliche Prozesse einer Effizienzprüfung unterzogen werden.

■ 5. Sehr viel kritischer zu betrachten ist das weite und schillernde Feld der Daseinsvorsorge. Dort ist in vielen Jahrzehnten ein Leistungsbündel entstanden, das in Summe die kommunalen Haushalte ruiniert. Für viele dieser Leistungen ist die Stadt selbst Monopolanbieter. Alle diese Güter und Leistungen müssen auf den Prüfstand und vor dem Hintergrund der kommunalen Finanznot neu bewertet werden. Maßstab darf dabei nicht länger die allzuständige und allverantwortliche öffentliche Hand, sondern muss wieder die Eigenverantwortung der Bürger sein. Die verbleibenden Kernaufgaben aus dem Feld der Daseinsvorsorge können anhand der folgenden Fragen herausgearbeitet werden:

– Wird das angebotene Produkt oder die angebotene Leistung überhaupt nachgefragt?  
– Wird das Produkt/die Leistung in einem Wettbewerbsmarkt angeboten? – Kann die Bereitstellung durch Rahmensetzung erreicht werden? – Kann das Produkt/die Leistung durch die Förderung privater Initiativen preiswerter bereitgestellt werden?  
– Bei öffentlicher Bereitstellung: Besteht die Möglichkeit zur Ausschreibung im Wettbewerb, um den Zuschussbedarf zu senken? Die Eigenerstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Stadt selbst darf nur ultima ratio sein.

■ 6. Nur mit einer solchen Reduktion auf

die Kernaufgaben lässt sich das jährliche strukturelle Ungleichgewicht im kommunalen Haushalt in Höhe von 150 – 200 Mio. Euro zügig ausgleichen. Die Neuordnung der städtischen Aufgabenbereiche sollte einhergehen mit einem gezielteren Personaleinsatz. Eine geschickte Umschichtung des Personals nach Fähigkeit und Leistungsbereitschaft des Einzelnen führt nicht nur zu einer effektiveren Aufgabenerledigung und motivierteren Mitarbeitern, sondern ermöglicht darüber hinaus auch den sozialverträglichen Abbau überzähliger Planstellen. Im Zweifel dürfen betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen werden.

■ 7. In den vergangenen Jahren schon wurde zur „Rettung“ des jeweils laufenden Haushalts die städtische Bausubstanz stark vernachlässigt. Mit den Sparmaßnahmen im Doppelhaushalt 2003/2004 werden die Mittel für Straßenunterhaltung und Sanierung von Schulgebäuden und anderen Immobilien weiter zurückgefahren mit dem Ergebnis, dass der Substanzverzehr überproportional zunimmt. Die spätere Grundsanierung wird sehr viel teurer und am Ende aus dem Verkauf von Vermögenswerten zu bezahlen sein.

■ 8. Köln verfügt über ein erhebliches Vermögen an Grundbesitz und Beteiligungen. Angesichts knapper Mittel und kaum noch vorhandener Kreditfinanzierungsmöglichkeiten führt kein Weg daran vorbei, wünschenswerte und notwendige Investitionen durch Veräußerung von Vermögen und Vermögensbeteiligungen zu finanzieren. Nur so lässt sich ein Spielraum für Zukunftsinvestitionen der Stadt zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur eröffnen. Eine solche „Umwidmung“ des städtischen Vermögens zur Konzentration auf die Kernaufgaben bedarf eines konkreten „Masterplans“, um die schleichende und scheinbar Veräußerung immer neuer Vermögenswerte zum Stopfen aktueller Haushaltslöcher zu verhindern.

■ 9. Der konsequente Verzicht auf eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes in der Vergangenheit kann als positives Signal und vertrauensbildende Maßnahme verstanden werden. Der seit 1988 unveränderte Gewerbesteuer-Hebesatz hat sich zu einem Standortvorteil für Köln entwickelt, der über die Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen zu zusätzlichen Steuereinnahmen geführt hat. Steuererhöhungen bewirken genau das Gegenteil; sie bringen nur scheinbare Mehreinnahmen und schrecken ansiedlungswillige Unternehmen ab.

■ 10. Eine Strategie für die Stadt Köln in der nächsten Wahlperiode kann nur lauten:  
– Bekenntnis zu den Entwicklungszielen im Leitbild, vor allem zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis, – Definition der hierfür wichtigsten Zukunftsprojekte unter Zurückstellung der anderen lediglich wünschenswerten, – Reduktion der Stadt auf ihre Kernaufgaben, – Optimierung der Prozesse in diesen Kernaufgaben, entsprechende Anpassung der Strukturen, – Wiederherstellen der finanziellen Handlungsfähigkeit unter Nutzung der Vermögenswerte.



**Ein erster Erfolg:** NORDERSTEDT. 9.800 Unterschriften gegen die Privatisierung der Stadtwerke. Das Bürgerbegehren übertrifft die notwendige Anzahl um mehr als 50%, ein Ergebnis, welches eine herbe Niederlage für die PrivatisiererInnen von CDU & Konsorten darstellt. Die Initiatoren schreiben: „Wenn man bedenkt, dass nach dem Beschluss der Stadtvertretung nur sechs Wochen Zeit war, das Bürgerbegehren bekannt zu machen, eine Internetseite auf die Beine zu stellen, Info-Stände in ganz Norderstedt zu organisieren und vieles mehr, dann ist die erreichte Zahl von mehr als 9.800 Unterschriften nicht hoch genug zu bewerten. Bei allen Infoständen zeigten Sie, die Bürgerinnen und Bürger Norderstedts, sich als gut informiert und in Bezug auf ihre Stadtwerke sehr engagiert. Mit diesem Erfolg im Rücken sehen wir optimistisch auf den nun anstehenden Bürgerentscheid ... Weiterhin sollte versucht werden, nach der Abwehr der Privatisierungsgelüste eine wirkliche und wirksame öffentliche Kontrolle der Stadtwerke ... herzustellen. Denn Wasser und Strom dürfen keine Waren sein – sie müssen zur Befriedigung unserer Grundbedürfnisse dienen.“

[www.infoarchiv-norderstedt.org](http://www.infoarchiv-norderstedt.org)

**ALG II und Sozialhilfe zu niedrig:** BERLIN. Als dringend notwendige Verbesserung begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband die Änderungen am 17.10.2003 im Bundestag beratenen Gesetz zu Hartz IV. Ungelöst sei jedoch nach wie vor das Problem der deutlich zu gering bemessenen Leistungshöhe von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. „Wir hätten uns mehr Förderung und dafür weniger überzogene Sanktionierungsmöglichkeiten gegenüber den Arbeitslosen gewünscht, doch war zum jetzigen Zeitpunkt wohl nicht mehr drin“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Dr. Ulrich Schneider, in Berlin. Positiv wertete der Verband die Bereitschaft der Koalition, die bewährte Zusammenarbeit von freien und öffentlichen Trägern vor Ort zu sichern. „Die Verbesserungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Niveau von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II objektiv zu niedrig bemessen ist, um auch nur auf bescheidenstem Niveau über den Monat zu kommen“, kritisierte Schneider. Nach Berechnungen des Verbandes wäre eine Erhöhung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II um zehn Prozent „angemessen, um das Abgleiten in die Armut zu verhindern“.

[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

**Gegen „Liberalisierung“:** BERLIN. Die Vereinigung der kommunalen Versorgungswirtschaft (VKE) und der Verband kommunale Abfallwirtschaft und

Stadtreinigung (VKS) haben das jüngste Sondergutachten der Monopolkommission zu „Wettbewerbsfragen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft“ in einer gemeinsamen Stellungnahme kritisiert. Mit ihrer Forderung nach einer schrittweisen vollständigen Liberalisierung der Abfallwirtschaft verabschiedete sich die Kommission aus einer ökologisch und sozial orientierten Marktwirtschaft. „Damit erteilt die Monopolkommission auch wichtigen Gemeinwohlbelangen wie Ökologie, Umweltschutz, Preiswürdigkeit und Entsorgungssicherheit eine klare Absage“, so VKE-Vorsitzender Klaus Evertz. Die Verbände beziehen sich in ihrer Stellungnahme außerdem auf ein Gutachten des Umweltrates aus dem Jahr 2002. Demnach führe eine Liberalisierung nicht zwangsläufig zu mehr Wettbewerb. Der Rat befürchtet, dass öffentliche Monopole lediglich durch Private ersetzt werden, mit der Folge von niedrigeren Umweltstandards, Leistungsver schlechterungen und Preissteigerungen.

[www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)

**„Stadt 2030“:** BRAUNSCHWEIG. Ende September fand der Abschlusskongress zum Großforschungsprojekt „Stadt 2030“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) statt. Das Resümee des Kongresses fiel relativ düster aus: „Die Bevölkerung der deutschen Städte wird bis zum Jahr 2030 sehr viel ungleicher sein als sie es heute ist.“ Es werde neben Wohlstand deutliche Ausprägungen von Armut geben und deutlich mehr MigrantInnen in den Städten leben. Die städtischen Leistungen hingegen würden nicht mehr auf dem Niveau und in dem Umfang wie heute verfügbar sein. Städte und Regionen würden durch den Konkurrenzdruck dazu gezwungen, sich wie Markenartikel zu positionieren – wodurch Armutsphänomene wiederum in den Hintergrund gerückt werden. Die Teilnehmenden des Forschungsverbundes rechnen damit, „dass für bestimmte Städte ein Ende von Schrumpfung durch Verlust an Einwohnern und Arbeitsplätzen kaum abzusehen ist, dass also besonders betroffene Städte ihren Charakter in den kommenden Jahren allein durch Schrumpfung komplett ändern werden und dass selbst Stadtauflösungen langfristig nicht mehr auszuschließen sind.“

Es müsse dringend über die Organisation von Kommunalpolitik nachgedacht werden: Mit der derzeitigen Regeldichte könnten die aktuellen Probleme nicht gelöst werden, neue Wege seien nötig. Schließlich solle die Rolle der Räte überdacht und durch neue Politikmodelle BürgerInnen und Wirtschaft mehr eingebunden werden.

[www.difu.de](http://www.difu.de)

Zusammenstellung: ulj

Demonstration am 25.9. vor dem Sitzungssaal des Gemeinderats



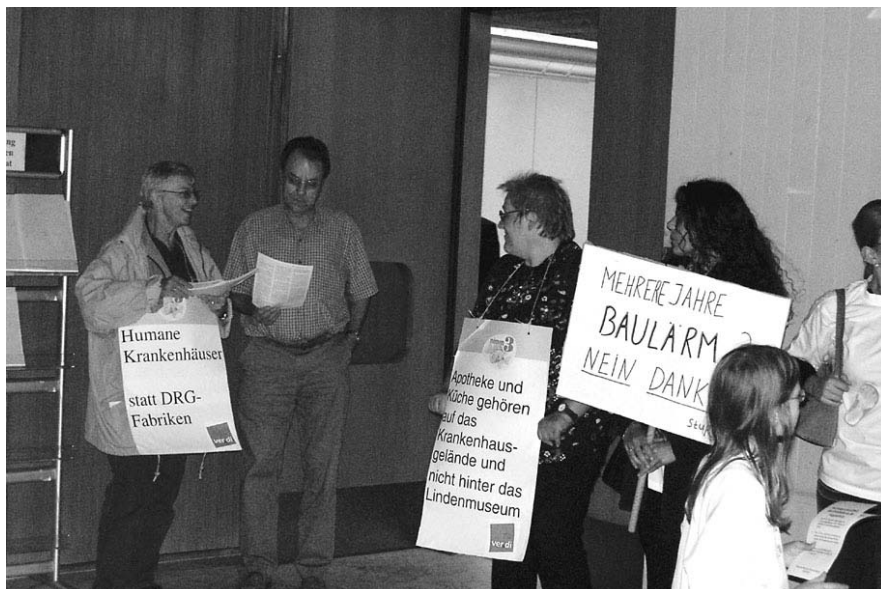
ver.di in der Kommunalpolitik

## Für drei gleichwertige Krankenhäuser im Klinikum Stuttgart

Das Krankenhaus-Info von ver.di Stuttgart legt ausführlich dar, warum die Zentralisierung der städtischen Krankenhäuser aus Gründen der Patientenversorgung, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll ist. Inzwischen hat zwar der Gemeinderat gegen die Stimme der PDS-Stadträtin Ulrike Küstler diese Zentralisierung beschlossen, die Argumente gelten aber weiter und werden bei der Umsetzung eine Rolle spielen. Wir dokumentieren daher den Artikel aus dem Krankenhaus-Info.

Stellen Sie sich vor:

- Das Olgahospital und die Frauenklinik nur noch Abteilungen des Katharinenhospitals mit möglichst wenig eigenständigen Funktionsbereichen.
- Das Krankenhaus Bad Cannstatt nicht mehr Maximalversorgungsklinik mit Hochleistungsmedizin sondern Regionalversorger und Wettbewerber, um den Krankenhäusern des Rems-Murr-Kreises lukrative Patienten abzugeben.
- Das Bürgerhospital ohne Intensivstation, ohne Röntgen, ohne ... – kurz, ohne jede Maximalversorgung, degradiert zur Schmalspurmedizin und zur Übergangseinrichtung in Alten- und Pflegeheime.
- Das Katharinenhospital selbst aufgebläht zur seelenlosen Mammutklinik, die nur noch Schwerstkranke behandelt und leichter Kranke in ihre Satellitenhäuser abschiebt.



- Alle städtischen Häuser möglichst um 300 bis 400 Betten reduziert und mit einer Verweildauer von 5 bis 6 Tagen zur Patientendurchschleusfabrik umgewandelt.
- Möglichst viele medizinische Abteilungen (Anästhesie, Röntgen usw.) mit nur noch einem Chefarzt. Alle anderen Querschnittsabteilungen zentralisiert.
- Nur noch 1 Küche, 1 Schule, 1 Materiallager, ausgelagert aus den Krankenhäusern und verfrachtet an den Hegelplatz.
- Die Krankenhäuser ihrer Betriebsleitung und damit einer eigenständigen Verantwortlichkeit beraubt und ausschließlich gesteuert von einer Zentralverwaltung im Katharinenhospital.

So stellen sich die Sana-Geschäftsführer und Bürgermeister Murawski die Zukunft des Klinikums vor.

Groß angekündigt als Masterplan oder „Klinikum 2012 – Zukunftsstrategie für das Klinikum Stuttgart“ geht es eigentlich nicht um bedarfsgerechte, patientenfreundliche und zukunftsfähige Strukturen, sondern um die möglichst

schnelle Reduzierung des hohen Defizits, um die betriebswirtschaftliche Ausrichtung des Klinikums, um das Windschnittigmachen für die kommenden DRGs (Fallpauschalen, nach denen künftig die Krankenhäuser abrechnen müssen, d. Red.).

#### Verbesserung der Versorgung bitter nötig

Dabei wären wirkliche Strukturmaßnahmen, die zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung und zu humaneren Behandlungsbedingungen führen würden, bitter notwendig.

Nicht wegen der DRGs, sondern wegen einer besseren medizinischen Versorgung wäre es längst notwendig gewesen, nicht an 4 verschiedenen Stellen im Klinikum ein bisschen Orthopädie, ein bisschen Unfallchirurgie und ein bisschen Bauchchirurgie zu machen (um nur ein Beispiel zu nennen), sondern gezielt und bewusst das Behandlungsspektrum der einzelnen Abteilungen auf einander abzustimmen und so alle Abteilungen zu optimalen Versorgern für die Patienten zu entwickeln.

Nicht wegen der DRGs, sondern wegen

einer besseren Versorgung der Stuttgarter Bevölkerung, ist es längst überfällig, neue medizinische Disziplinen im Klinikum vorzuhalten, die es bisher nicht gibt (z.B. Handchirurgie, Rheumatologie, Brustzentrum, plastische Chirurgie usw.).

All dies geschah während über zehn Jahren Sana-Management nicht. Kein Wunder, es bringt nicht unmittelbar Geld, sondern „nur“ eine bessere Versorgung. Alles was Kaufleute planen, muss durch das Nadelöhr der Gewinnerwartung. Geht es hier nicht durch, bleibt es auf der Strecke.

Besonders makaber ist der Zeitdruck, mit dem jetzt die Strukturmaßnahmen durchgepeitscht werden sollen. Erst 10 Jahre nichts, dann soll innerhalb von 3 Monaten – in der Hauptferienzeit – eine komplette Neustrukturierung des Klinikums geplant und beschlossen werden.

Offiziell wird gesagt, dass es um die langfristigen Perspektiven geht, tatsächlich weiß intern jeder, dass 2005 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis produziert werden muss, weil 2005 der Sana-Vertrag ausläuft.

Die ungeheuerere Eile, mit der das Ganze jetzt durchgepeitscht wird, macht es unmöglich, dass eine sinnvolle, wirklich zukunftsfähige Planung entsteht. Es wird wieder Stückwerk produziert, das hinterher nicht zusammen passt und das – wie schon so oft in der Krankenhausgeschichte Stuttgarts (siehe z.B. Verlegung der Frauenklinik weg vom Olgäle usw.) – weiteren Entwicklungen im Wege steht.

Eigentlich müsste man jetzt – ausgehend vom Bedarf der Stuttgarter Bevölkerung – überlegen,

- welche medizinischen Disziplinen in Stuttgart noch zu wenig vorhanden sind,
- welche medizinischen Disziplinen im Klinikum fehlen, um eine ganzheitliche und optimale Patientenversorgung durchführen zu können,
- welche zusätzlichen Abteilungen der Patient einer Klinik normalerweise

#### Hamburg:

## LBK-Privatisierung: Senat droht

Am 6. Oktober lancierte die „Welt“ unter Berufung auf eine angeblich interne Drucksache, wie der Senat verbriefte Rechte von LBK-Beschäftigten auszuhebeln gedenkt, um die Privatisierung des LBK durchzupeitschen.

Die Gewerkschaft ver.di hatte vor einigen Wochen auf die Möglichkeit hingewiesen, dass Beschäftigte des Landesbetriebs Krankenhäuser bei mehrheitlicher Privatisierung von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch machen könnten. Laut Artikel 17 des LBK Hamburg Gesetzes ist die

Rückkehr von Beschäftigten, die 1995 bei der Gründung des LBK bereits angestellt waren, in ein städtisches Angestelltenverhältnis garantiert. Das sind immerhin über 8000 von noch ca. 13.000 Beschäftigten. Die übrigen könnten Widerspruch gegen den Arbeitgeberwechsel einlegen. Mit der Berufung auf Rückkehr- und Widerspruchsrecht rechnete sich ver.di vor allem aus, die vom Senat forcierte Privatisierung behindern und Zeit gewinnen zu können, um mit dem Volksentscheid im Juni 2004 die Mehrheitsprivatisierung dann zu stoppen.

Aber der Senat, der sich um das Volksbegehren mit seinen über 110.000 Stimmen keinen Deut schert, nimmt auch auf die Rechte der Beschäftigten keine Rücksicht. Auf dem Hintergrund, dass das LBK zum 1.1.2004 in eine Betriebsgesellschaft, die den Krankenhausbetrieb

weiterführt, und eine (städtische) Besitzgesellschaft, die die Liegenschaften verwaltet und für die jährlich 35 Millionen Euro an Rentenzahlungen aufkommt, hat man sich folgenden Dreh einfallen lassen: Beschäftigte, die von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, werden von der Besitzgesellschaft übernommen; da diese aber keinen Krankenhausbetrieb mehr hat, könnten sie betriebsbedingt gekündigt werden.

Der Vorgang enthüllt exemplarisch, dass die Privatisierung der Krankenhäuser nicht zuletzt gegen die Beschäftigten gerichtet ist. Unter dem Damoklesschwert der Kündigung sollen sie in die neuen Arbeitsverhältnisse getrieben werden und die Verträge schlucken, die ihnen die auf Profitmaximierung bedachten Gesundheitskonzerne aufdrücken. scc

braucht, um optimal behandelt zu werden und

- wie man auf Grundlage dieser Analysen die einzelnen Abteilungen des Klinikums so anordnet, dass Patienten mit möglichst wenig Verlegungen und Mitarbeitern mit möglichst kurzen Arbeitswegen und guten Arbeitsabläufen, die Behandlungsmaßnahmen durchführen können.

Genau so wird aber nicht vorgegangen.

Stattdessen wird unter dem schönen Namen „2-Phasen-Konzept“ in Kauf genommen, dass Patienten, die im Katharinenhospital als Notfall aufgenommen werden, anschließend ins Bürgerhospital verlegt werden müssen, nur weil es ihnen besser geht, um sie dann – wenn es ihnen wieder schlechter geht und sie intensivpflichtig werden – wieder ins Katharinenhospital zurück zu verlegen.

- Stattdessen wird den Patienten und Beschäftigten des Katharinenhospitals zugemutet, dass sie neben der sowieso schon riesigen Baustelle, die die Verlegung des Olghospitals und der Frauenklinik für sie bringen wird, noch zusätzlich mit Baumaßnahmen für weitere Abteilungen aus dem Bürgerhospital überzogen werden. 10 Jahre eine Baustelle nicht nur vor der Tür, sondern auch in den Räumen des Katharinenhospitals – das ist unzumutbar.

- Stattdessen wird das Katharinenhospital so aufgebläht und vollgepfert, dass weder Patienten noch Beschäftigte sich wohl fühlen können.

- Stattdessen wird – weil man den Platz im Katharinenhospital für die Verlagerung des Bürgerhospitals braucht – das Logistikzentrum um die Küche in den Hegelplatz ausgelagert, um dort das Essen und die Materialien – kurz nachdem sie abgeladen wurden – wieder aufzuladen und per Lastwagen ins Katharinenhospital zu schaffen. Ein ökologischer und verkehrstechnischer Wahnsinn, gerade wenn man weiß, wie das Katharinenhospital jetzt schon durch Verkehr überlastet ist und wie sich dies, angesichts der größten Baugrube der Stadt, in den nächsten 10 Jahren weiter entwickeln wird.

- Statt dessen wird eine wunderschön verwilderte Grünfläche, die 2 Kindertageseinrichtungen als Abenteuerspielplatz dient, platt gemacht und mit 12 Meter hohen Betonwänden bebaut, in deren Erhabenheit dann die Kinder spielen dürfen.

- Stattdessen wird eine Zentralküche in der Hegelstrasse gebaut, anstatt das Essen für Patienten und Beschäftigte am jeweiligen Standort frisch zu kochen.

- Gleichzeitig wird die Chance ausgelassen, das kleinste der städtischen Krankenhäuser, das Krankenhaus Bad Cannstatt (370 Betten, 580 Mitarbeiter), wo es genügend Entwicklungsmöglichkeiten gäbe, auch betriebswirtschaftlich zukunftsfähig zu machen, in dem es ausgebaut und gestärkt wird.

Würde man Patienten oder Mitarbei-

ter fragen, könnten sie relativ schnell und klar ihre Prioritäten benennen:

Sie würden sagen, dass eine optimale Behandlung im Krankenhaus im wesentlichen davon abhängt, dass die personelle Besetzung stimmt, dass die Arbeitsabläufe geregelt sind, dass das medizinische Behandlungskonzept mit allen abgesprochen und vereinheitlicht ist, dass das Krankenhaus nicht zu klein und nicht zu groß ist und dass alle wesentlichen Abteilungen vor Ort vertreten sein müssen, um kurze Wege zu erzielen.

Eine solche sinnvolle Kombination von zentralen und dezentralen Elementen und eine gleichmäßige und gleichwertige Stärkung der städtischen Kliniken wäre der beste Garant, dass die Kliniken auch in Zukunft ihren Aufgaben nachkommen können.

Begründet wird die andere Richtung der Planung der Geschäftsleitung und des zuständigen Bürgermeisters mit der Einführung der DRGs und der hierdurch produzierten Notwendigkeit, marktwirtschaftlich zu konkurrieren und betriebswirtschaftlich immer billiger zu arbeiten.

Aber DRGs sind von Menschen gemacht und lassen sich durch Menschen ändern.

Statt die Behandlungsbedingungen der Patienten und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter den angeblichen Sachzwängen der DRG-Einführung zu unterwerfen, wäre es richtig, sich dafür einzusetzen, dass die DRGs entweder nicht eingeführt oder so geändert werden, dass eine gute Patientenversorgung und vernünftige Arbeitsbedingungen auch unter ihnen möglich sind.

Der Gesamtpersonalrat Klinikum hatte auf den Personalversammlungen die Geschäftsführung aufgefordert, gemeinsam mit ihm, dem zuständigen Bürgermeister und den Gemeinderäten sich hierfür einzusetzen. 14 Tage nach den Personalversammlungen hat er der Geschäftsleitung und dem Bürgermeister einen entsprechenden Brief vorgelegt. Seither ruht er in Schubladen. Auch hier sieht man, welche Prioritäten die Geschäftsleitung und der zuständige Bürgermeister setzen.

Wir sind der Meinung, dass die Diskussion um Strukturänderungen im Klinikum sinnvoll und notwendig ist, dass sie aber mit dem notwendigen zeitlichen Spielraum und vor allem unter Einbeziehung der Erfahrungen alter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt werden muss.

Ver.di wird sich in diesem Prozess für folgende Ziele einsetzen:

- drei gleichwertige am Bedarf der Patienten orientierte Krankenhäuser
- Humane Krankenhäuser statt DRG-Fabriken
- Eine bedarfsgerechte Personalbemessung
- Erhalt der Kinderbetreuung in grüner Umgebung

Wir hoffen, dass alle Kolleginnen und Kollegen uns hierbei unterstützen!

## Deutsche Direktinvestitionen in Russland steigen. –

HB, Freitag/Samstag, 10./

11.10.03. Am Rande der deutsch-russischen Regierungskonsultationen in Jekaterinenburg wurden von Unternehmern beider Länder Verträge von 1,6 Mrd. Euro unterzeichnet. Putin bat deutsche Unternehmen, „Druck auf ihre EU-Bürokratie zu machen“, die mit der Forderung nach Erhöhung der innerrussischen Gaspreise auf Weltmarktniveau den von Russland angestrebten Beitritt zur Welthandelsorganisation behindere. Der Chef des Ortsausschusses der deutschen Wirtschaft, K. Mangold, lobte Putins Wirtschaftsprogramm als „die einschneidendsten Reformen, die Russland je erlebt hat“. Deutsche Direktinvestitionen würden allein in diesem Jahr um weitere 2,5 Mrd. \$ zunehmen. Bisher ist der größte Investor sowie der wichtigste Außenhandelspartner Deutschland mit 17 Mrd. \$ seit 1990. Visaerleichterungen für Unternehmer und Studenten sowie der Transit von Bundeswehrpersonal und Material durch Russland für die in Afghanistan stationierten Isaf-Einheiten wurden außerdem vereinbart.

## DIHK fordert Verzicht auf Renten-erhöhungen. – HB, Dienstag, 14.10.03.

In der Rentenkasse fehlen nach Einschätzung der Versicherungsträger im Jahr 2004 bis zu 9 Mrd. Euro. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag forderte daher für die kommenden Jahre drei Nullrunden für Rentnerinnen und Rentner.

## Chemiepolitik der EU stößt auf Widerstand beim BDI. – Freitag/Samstag, 17./18.10.03.

Ziel der EU-Kommission ist es, chemische Altstoffe auf ihre Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu testen. Die EU-Behörde hatte ihren Entwurf wirtschaftsfreundlicher gestaltet, nachdem Industrie- und Spitzenpolitiker sich massiv in Brüssel beschwert hatten. So hatten Kanzler G. Schröder und der französische Staatspräsident J. Chirac vor den Folgen für die Industrie gewarnt.

Die Industrie müsse für Tests und Registrierung von Gefahrenstoffen in den nächsten elf Jahren statt wie ursprünglich veranschlagt 12 Mrd. nur ca. 2,3 Mrd. Euro aufbringen, heißt es in einer Studie der EU-Kommission. Auf die weiterverarbeitende Industrie können bis zu 5,2 Mrd. Euro Folgekosten zukommen. Trotz einer spürbar geringeren Belastung für die Branche hält der BDI an seiner Ablehnung der Verordnung fest und droht mit dem Verlust von bis zu 1,7 Mill. Arbeitsplätzen allein in Deutschland. Dies Schätzung wies die EU-Kommission zurück. Der Verlust von Arbeitsplätzen sei nicht zu erwarten.

Presseauswertung: rst



## Bisky: SPD bekommt bei der Kommunalwahl einen „Denkzettel“

Der PDS-Fraktionschef Lothar Bisky prophezeit der brandenburgischen SPD schwere Verluste bei der Kommunalwahl am 26. Oktober. Bisky sagte dem „Berliner Kurier“: „Ich rechne mit einem Denkzettel für die Sozialdemokraten“. Er fügte hinzu, die Bürger würden seiner Auffassung nach die SPD in Brandenburg für die Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) „bestrafen“. Die Wahrscheinlichkeit, dass die SPD unter 30 Prozent rutsche, sei durch die Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform der Bundesregierung größer geworden. Bisky betonte erneut, für seine Partei sei das Ziel „20 Prozent plus x“.

## PDS-Abgeordnete muss nicht in Fraktion aufgenommen werden

Die brandenburgische Landtagsabgeordnete Esther Schröder muss nicht wieder in die PDS-Fraktion aufgenommen werden. Einen entsprechenden Antrag der 34-jährigen Arbeitsmarktexpertin lehnte das Landesverfassungsgericht gestern in Potsdam ab. Schröder war vor einem Jahr ausgeschlossen worden, weil sie im Zusammenhang mit dem ihr angebotenen Amt als Staatssekretärin im rot-roten Berliner Senat die sofortige Verbeamtung gefordert hatte. Eine vom Gericht zunächst empfohlene gütliche Einigung scheiterte an der Verweigerungshaltung Schröders.

## Gerichts-Schelte für die Koalition

Das Landesverfassungsgericht Brandenburg gab einer Klage der PDS recht, wonach Minderheitenrechte der Opposition in Untersuchungsausschüssen des Landtags stärker beachtet werden müssen. Die PDS-Fraktion hatte wegen nicht erhaltener Akten im LEG-Untersuchungsausschuss geklagt. Die Koalitionsmehrheit aus SPD und CDU hatte die Herausgabe abgelehnt. Zu Unrecht: Die Landesverfassung verpflichte zur Beweiserhebung, wenn sie von einem Fünftel der Ausschussmitglieder beantragt werde. Dieses Kriterium hätten die beiden PDS-Vertreter unter den acht Abgeordneten erfüllt.

Unter dem Motto „Der rote Faden unserer Politik ist mehr Demokratie“ haben Dieter Hausold und Bodo Ramelow das Programm der PDS Thüringen für die Landtagswahl 2004 am 20. Oktober der Presse vorgestellt. Hauptthemen sind Arbeit, Bildung, Chancengleichheit, Kommunales sowie Bürger- und Menschenrechte. Die beiden Politiker bekräftigten das Ansinnen der PDS, bei der Landtagswahl im nächsten Jahr die CDU aus der Regierungsverantwortung zu drängen und einen politischen Richtungswechsel einzuleiten.

Der PDS Bundesvorstand befasste sich auf seiner Sitzung am 11. Oktober mit der **Vorbereitung der Europawahlen**. Der Pressedienst berichtet über die Diskussion: „Wahlkampfleiter André Brie: Die Glaubwürdigkeit der PDS und die Erkennbarkeit in ihren sozialen Aussagen werde entscheidend dafür sein, ob die Partei davon profitieren kann, dass sich viele Wähler/innen enttäuscht zurückziehen. Der Funktionsverlust der PDS mache sie für manche nicht mehr interessant genug als Gesprächspartner. Umso notwendiger sei es, in der Öffentlichkeitsarbeit an Millionen Menschen zu denken – nicht nur an einige oder gar nur an die eigene Mitgliedschaft.“

In der Diskussion wurde der Entwurf der Wahlstrategie als eine gute, faktenreiche Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf (Lothar Bisky, Torsten Koplin und andere) eingeschätzt.

Deutliche Kritik kam von Sahra Wagenknecht („allgemeinplätzig“, mehr Hintergründe, mehr Gesellschaftskritik nötig). Darüber, inwieweit Selbstkritik und Existenzsorge der Partei einen hervorgehobenen Platz in ihrer Wahlstrategie finden sollten (Motiviert oder demotiviert dies?), gingen die Meinungen auseinander. Mehrere Rednerinnen und Redner verwiesen auf die Innenpolitik als wahlentscheidend. Die Verknüpfung der unterschiedlichen Wahlen (Europa, Landtage, Kommunen) werde zu einer Schlüsselfrage, hob André Brie hervor.

Die Wahlstrategie wurde (bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen) angenommen, sie wird im Pressedienst veröffentlicht.

Beschlossen wurde ferner, dass Geschäftsführender Vorstand, Bundeswahlkampfleiter und Sprecherin der PDS-Gruppe im Europaparlament dem Parteivorstand bis zum 15. Dezember einen Personalvorschlag für Kandidaturen vorlegen sollen.

Das *Neue Deutschland* berichtet über ein neues Papier von der Rosa-Luxemburg-Stiftung **„Für eine friedensfähigen EU-Verfassung“**: „Das Papier wurde von Dr. Michael Berndt, Dr. Lutz Schrader, Dr. Erhard Crome, Dr. Peter Strutynski, Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski, Dr. Dietmar Wittich, Ingrid el Masry, Prof. Dr. John Neelsen, Tobias Pflüger, Prof. Dr. Rainer Rilling, Prof. Dr. Werner Ruf, Paul Schäfer unterzeichnet. Sie kritisieren scharf, dass EU-Streitkräfte zu „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen“ eingesetzt werden können. Das Beschwören einer diffusen Terrorisierungsgefahr werde so auch in Europa zu einer allgegenwärtigen Rechtfertigungsformel für glo-

# Kommt ZUSAMMEN gegen Sozialabbau!

Beteiligt Euch an der Großdemonstration am 1. November in Berlin!

## Die Forderungen der PDS:

- Keine Leistung im sozialen Bereich kürzen!
- Bürger bei notwendigen Reformen beteiligen!
- Alle zur Finanzierung des Sozialstaates heranziehen!

Treffpunkt der PDS: ab 12 Uhr, Alexanderplatz  
Beginn der Demo: 13 Uhr, Alex/Otto-Braun-Straße  
Kundgebung: 15 Uhr, Gendarmenmarkt

V.i.S.d.P. A. Bie



bale Militärinterventionen gemacht.“ In der Stellungnahme heißt es weiter: „Wir sehen vor allem drei Gefahren, die durch die Annahme dieser Verfassung verschärft würden: · Krieg als Mittel der Politik wird weiter enttabuisiert, ja als ggf. unausweichliches Mittel zur Interessenwahrung des neu-formierten EUStaatengefüges legitimiert. · Weitere Aufrüstung bzw. Rüstungsmodernisierung erhalten mit dieser EU-Verfassung für alle EU-Mitgliedstaaten Verfassungsrang. · Die Versuchung, regionale oder lokale Krisen eigenmächtig militärinterventionistisch zu lösen, wird zunehmen und damit weltweit neue Rüstungsdynamiken provozieren. Wir vertreten im Gegensatz dazu die Auffassung, dass die Potenziale der Europäischen Union für die Zivilisierung und Entmilitarisierung der Internationalen Beziehungen, für eine nachhaltige Entwicklung in globalem Maßstab genutzt und entwickelt werden sollten.“

Daher lehnen wir den vorliegenden Verfassungsentwurf aus friedenspolitischen Erwägungen ab ...“

Zu den politischen Schlussfolgerungen meinen die Autoren:

„Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich eingehend mit dem Entwurf der EUVerfassung befasst. Wir raten allen demokratischen und friedensorientierten Abgeordneten sowie Parteien in der EU dringend dazu, ihr NEIN zur Militarisierung der EU deutlich zu machen und gegen diesen Entwurf zu stimmen. Insbesondere raten wir der PDS, die als einzige Partei klare Positionen für eine „Zivilmacht Europa“ bezogen hat, an ihrer militärkritischen Haltung festzuhalten und im Bundestag sowie im EU-Parlament NEIN zum Verfassungsentwurf zu sagen. Die Vorstellungen der Parteien über die künftige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU sollten zu einem wichtigen Thema des Europawahlkampfes gemacht werden.“

Wir appellieren an alle friedenspolitisch Engagierten, ihre Kritik an der EU-Verfassung offensiv in die öffentliche Diskussion einzubringen.“

Zusammenstellung: jöd

## **Öffentliche Daseinsvorsorge in Europa: Verteidigen und erneuern!**

Der Parteivorsitzenden Lothar Bisky hat kürzlich die Gründung einer Europäischen Linkspartei angekündigt, die bereits bei den nächsten Europawahlen am 13. Juni 2004 gemeinsam antreten will. Die PDS wird bei dieser Neugründung dabei sein. Die Presse, die sonst so tut, als wäre die PDS längst abgeschrieben, hat diese Nachricht registriert. Wenn die Linksparteien in Europa sich programmatisch finden, kann sich ein Gegengewicht zum politischen Einfluss der Konzerne bilden. Die Städte und Gemeinden, Länder und Regionen oder ganze Staaten: alle konkurrieren miteinander um die Gunst der Investoren. Was die Investoren wollen, wird Gesetz. Angeblich kommt es nur so zu Wachstum.

Dabei ist es eine durch die Wirtschaftsgeschichte oft und deutlich belegte Tatsache, dass menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, angemessene Löhne und gesetzliche Leistungen geradezu die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum waren. Wo wären wir heute zum Beispiel ohne die allgemeine und gesetzlich finanzierte Schulpflicht? Dass die Wirtschaft wächst, wenn es den Leuten schlecht geht, ist nicht nur inhuman gedacht, sondern auch irrig. Weil aber konkret und vor Ort in der gegenwärtigen Krise jede Investition eine momentane lokale Besserung bringt, wuchert trotzdem die Standortkonkurrenz auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund wird die klar, wieso die Gründung einer europäischen Linkspartei gerade jetzt so wichtig wird. Langjährige Zusammenarbeit im Europaparlament hat diese Chance eröffnet, trotzdem stellt sich vielen Parteimitgliedern (und nicht nur diesen) die Frage, auf welcher programmatischen Basis die neue Partei zu arbeiten gedenkt.

Die eine Säule sozialer und solidarischer Politik ist die Gewerkschaftsbewegung, ergänzt durch die neuen sozialen Bewegungen. Die andere die kommunale Politik. Hier, direkt vor Ort zeigt sich nämlich, ob das St. Floriansprinzip\* waltet oder ob soziale und solidarische Politik mehrheitsfähig wird. Diesem Ziel dient ein ausführliches Thesenpapier der Fraktion GUE/NGL\*\* im Europäischen Parlament die seit Ende September vorliegt. Die „Potsdamer Erklärung“ (siehe nächste Seite) befasst sich mit den Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsvorsorge und formuliert gemeinsame Positionen zu ihrer Verteidigung und Erneuerung in Europa.

Die europäische Gesetzgebung ist von der Dominanz der Kapitalinteressen durchdrungen. Sie greift auf vielfältige Weise bis auf die kommunale Politik durch, stets mit der Absicht, die Kräfte des europäischen Marktes, der von den großen Kapitalgesellschaften beherrscht wird, gegen die Meinungs- und Mehrheitsbildung der Bevölkerung aufzubieten. Gegen einseitige Sicht der EU als „Marktgemeinschaft“ richtet sich die „Potsdamer Erklärung“, die auf dem Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung und der Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge\*\*\* besteht. Kann erreicht werden, dass solche Grundsätze und Forderungen europaweit präsent sind, verlieren viele der Fort- und Umzugsdrohungen von Konzernniederlassungen ihre Schrecken.

Auch im Einzelnen sind die meisten der Forderungen der Potsdamer Erklärung aus kommunaler Sicht ein bedeutender Fortschritt im Vergleich zum jetzigen Zustand der europäischen Liberalisierungspolitik, darum habe ich mich der Erklärung ebenfalls angeschlossen. Skeptisch bin ich allerdings, wenn umstandslos begrüßt wird, dass im Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents das Tor zur Schaffung eines EU-Gemeinschaftsrahmens für die öffentliche Daseinsvorsorge aufgestoßen wurde. Zwar schlägt die Fraktion GUE/NGL für diesen Gemeinschaftsrahmen auch eine Reihe positiver Ziele vor. Bei den momentanen Kräfteverhältnissen in der EU mit einer Mehrheit der Liberalisierungs-Anhänger sehe ich jedoch die Gefahr, dass nicht etwa ein Mindestrahmen für die Länder der EU beabsichtigt ist, sondern vor allem festgeschrieben werden soll, was alles nicht dazu gehört – mit der Konsequenz, dass die Kommunen dann noch weniger Möglichkeiten haben werden, derartige Dienstleistungen selbst bereit zu stellen.

Die breite Unterstützung für die Potsdamer Erklärung zeigt, dass sich um das

Ziel einer sozialen und solidarischen Kommunalpolitik in einer europaweiten politischen Diskussion gemeinsame Ziele herauskristallisieren. Das fördert die Zusammenarbeit der Parteien mit den kommunalen Basisbewegungen, die in vielen Städten Europas zusammen mit den Gewerkschaften aktiv sind und die eine Stimme im europäischen Parlament brauchen können.

Wenn, wie zu hoffen ist, die europäischen Linksparteien auch auf anderen Politikfeldern (z.B. Militarisation der EU, Umweltstandards) ähnlich überzeugende Konzepte liefern, kann im Europawahlkampf eine Alternative zur gegenwärtigen, auf allen Gebieten und in ganz Europa kapitaldominierten Politik aufgemacht werden.

Brigitte Wolf \*\*\*\*

\* Oh heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an!

\*\* **Potsdamer Erklärung.** Am 20. September 2003 fand auf Initiative der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament in Potsdam die internationale Konferenz: „Die Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsvorsorge“ statt. Rund 100 Abgeordnete aus Kommunal-, Kreis- und Landesparlamenten, dem Europäischen Parlament sowie Bürgermeister, Wissenschaftler, Betreiber von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Aktive des Kommunalpolitischen Forums der PDS diskutierten über die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU. Die nachfolgend dokumentierten 9 Thesen spielten eine zentrale Rolle für die Debatten dieser Konferenz. Die Konferenzteilnehmer unterzeichneten eine „Potsdamer Erklärung“, welche die Kernpunkte der Thesen aufgreift. (In den Thesen kursiv gesetzt)

\*\*\* Daseinsvorsorge meint Infrastrukturleistungen der Gebietskörperschaften. Der Begriff ist nicht unproblematisch, weil so getan wird, als hinge die Gesellschaft vom vorsorgenden Staat ab, während doch umgekehrt die Gesellschaft den Staat finanzieren und (er)tragen muss. Modern spricht man vom Angebot öffentlicher Güter.

\*\*\*\* Brigitte Wolf ist PDS Stadträtin in München. Der Artikel und das Dokument werden zeitgleich im Titel – Diskussionsforum der PDS Bayern veröffentlicht.





# Potsdamer Erklärung

Am 20. September 2003 fand auf Initiative der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament in Potsdam die internationale Konferenz: „Die Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsvorsorge“ statt. Rund 100 Abgeordnete aus Kommunal-, Kreis- und Landesparlamenten, dem Europäischen Parlament sowie Bürgermeister, Wissenschaftler, Betreiber von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Aktive des Kommunalpolitischen Forums der PDS diskutierten über die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU. Die nachfolgend dokumentierten 9 Thesen spielten eine zentrale Rolle für die Debatten dieser Konferenz. Die Konferenzteilnehmer unterzeichneten eine „Potsdamer Erklärung“, welche die Kernpunkt der Thesen aufgreift.

## Öffentliche Daseinsvorsorge in Europa: Verteidigen und erneuern!

### 1. Die Schieflage der europäischen Konstruktion

Seit der Gründung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ 1951 beruht das Projekt der europäischen Integration auf einem einseitigen und verkürzten Verständnis von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Europa wurde und wird vorrangig als „Marktgemeinschaft“ bestimmt, die der freien Entfaltung der Marktkräfte und dem Wettbewerb verpflichtet ist. Die EU-Verträge kennen keine Sozialpflichtigkeit des Eigentums, kein Sozialstaatsgebot, keine Verpflichtung zum Schutz öffentlicher Güter (z.B. Wasser, Bildung, Kultur usw.) und keine zentrale Rolle der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Gewährleistung von gesellschaftlichen Infrastrukturen und die Bereitstellung bürgernaher öffentlicher Dienste. Diese elementaren Pfeiler einer modernen und sozialen Wirtschaftsordnung lagen hingegen den Konzepten einer „gemischten Wirtschaft“ und des Wohlfahrtsstaates zugrunde, die in den westeuropäischen Nationalstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg in unterschiedlicher Form verwirklicht wurden.

*Die fundamentale Schieflage des einseitig marktgetriebenen europäischen Aufbauwerks ist der Ausgangspunkt unserer Kritik der EU-Liberalisierungspolitik, die inzwischen die pure Existenz der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Mitgliedstaaten bedroht.*

### 2. Leitbild zukunftsfähige Daseinsvorsorge

Die Diskussion um Leistungen der Da-

seinsvorsorge oder Dienste von allgemeinem Interesse muss eine zentrale Fragen beantworten: Für welches gesellschaftliches „Dasein“ soll Vorsorge geleistet werden?

Es geht folglich um die Bestimmung eines gesellschaftlichen Leitbilds, in das eine Konzeption öffentlicher Güter, öffentlicher Dienste und der Daseinsvorsorge eingebettet ist. Aus der Kritik am „bürokratischen, bevormundenden Wohlfahrtsstaat“ der 1970er Jahre haben sich zwei entgegengesetzte Richtungen entwickelt. Die eine orientiert sich am Leitbild des „schlanken Wettbewerbsstaats“ und vertritt die Auffassung, Markt und Wettbewerb könnten Leistungen der Daseinsvorsorge in der Regel kostengünstiger, effizienter und effektiver bei höherer Qualität bereitstellen. Die andere orientiert sich am Leitbild einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung und zielt auf mehr Effizienz und Effektivität durch Demokratisierung öffentlicher Dienste und der öffentlichen Daseinsvorsorge, umfassende Technikkontrolle und -bewertung und mehr Bürgernähe. In der alten Bundesrepublik hat vor allem die Initiative „Zukunft durch öffentliche Dienste“ der Gewerkschaft ÖTV in den 1980er Jahren die Nachhaltigkeitsperspektive ins Auge gefasst. Kommunale und andere Initiativen in Ostdeutschland haben nach der Vereinigung dafür gekämpft, im Sinne der Nachhaltigkeit entwicklungsfähige Konzepte aus der DDR-Zeit (z.B. das Sero-System in der Abfallwirtschaft, Betriebskindergärten, Polikliniken usw.) bundesweit zu verankern. An diese Bestrebungen aus Ost und West wollen wir mit einer europäischen Perspektive anknüpfen.

*Öffentliche Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge müssen künftig unter dem gesellschaftlichen Leitbild demokratischer Transparenz und einer nachhaltigen Entwicklung erneuert und gestaltet werden.*

### 3. Öffentliche Daseinsvorsorge und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grundrechte

Öffentliche Dienste und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind ein unverzichtbares Instrument, um die Grundrechte jeder und jedes Einzelnen in pluralistischen Demokratien zu gewährleisten sowie den sozialen und territorialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. Wer vom Zugang zu sauberem Trinkwasser, Elektrizität, Gesundheitsversorgung, Transportmitteln, Kommunikation, öffentlichen Medien, Bildung, sozialen Diensten usw. abgeschnitten oder darin erheblich beeinträchtigt ist, kann die garantierten Grundrechte im Rahmen einer demokratischen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schwerlich umfassend ausüben. Die Bereitstellung öffentlicher Dienste

und von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge begründet sich deshalb aus dem Vorrang gesellschaftlicher, öffentlicher Interessen: materielle Gewährleistung der allgemeinen wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte, Verhinderung sozialer Ausgrenzung, Schutz der Umwelt, Gleichheit der Lebensbedingungen, Gewährleistung des territorialen Zusammenhalts. Die Bürgerinnen und Bürger können auf diese Dienste eben nicht verzichten, wenn der Markt sie nicht oder zu für sie unerschwinglichen Bedingungen bereitstellt. Eine flächendeckende Versorgung in gleichmäßiger Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich für private Unternehmen nicht rechnet. Ein Marktversagen kann sich die Gesellschaft in diesen elementaren Bereichen nicht leisten, sofern sie die universelle, demokratische Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zum Ziel hat.

Investitionen in öffentliche Infrastrukturen weisen häufig sehr lange Amortisationszeiten und geringe Renditen auf. Privatunternehmen würden daher nur unzureichend investieren oder aber eine Monopolstellung zu erreichen versuchen, die ihnen bessere Renditen garantiert. Beides hat negative wirtschaftliche und soziale Folgen, die zu vermeiden sind. Öffentliche Dienste, Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge (z.B. Bildung, Transport, ein präventives Gesundheitswesen usw.) tragen andererseits erheblich dazu bei, die Effektivität, Effizienz und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern.

*Öffentliche Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht unter dem Primat der Marktöffnung, des „freien Wettbewerbs“ und des „Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft“ behandelt werden. Vielmehr muss ihre Ausgestaltung primär unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktionsfähigkeit erfolgen, demokratisch legitimierte gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen und das öffentliche Interesse zu verwirklichen. Dies beinhaltet auch die Achtung des Rechts auf staatliche Eigenleistung (sog. „Inhouse-Dienste“) vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips.*

### 4. Demokratie, Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung

Europaweit beschäftigen etwa 12 000 kommunale Unternehmen rund eine Million Menschen. In Deutschland handelt es sich um rund 3500 mit rund 530 000 Beschäftigten. Diese kommunalen Unternehmen erbringen unerlässliche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Häufig sind es diese lokalen Dienstleistungen, die über die Lebensqualität vor Ort entscheiden. Insbesondere in Deutschland, Österreich und Frankreich gilt der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung. Im Rahmen dieser kommunalen Selbstverwaltung ent-





Transparent im ÖTV-Block auf der 1.-Mai-Demonstration in Hamburg. Bild: res

scheiden die Kommunen und andere (z.B. regionale) Gebietskörperschaften souverän, wie sie den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherstellen und wie sie diese Dienste organisieren. Hierbei hat sich je nach den örtlichen und regionalen Gegebenheiten und Bedürfnissen in der EU eine Vielzahl von Modellen entwickelt. Unter Berufung auf den Binnenmarkt und das EU-Wettbewerbsrecht versucht die Europäische Kommission, nun auch lokale und regionale Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge der Pflicht zu Marktöffnung und Wettbewerb zu unterwerfen (z. B. ÖPNV) und eine allgemeine Ausschreibungspflicht regionaler und kommunaler „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ zu erreichen.

*Wir verteidigen die kommunale Selbstverwaltung als Ausdruck lokaler Demokratie und das Subsidiaritätsprinzip. Die Organisationshoheit der subsidiären Gebietskörperschaften (lokal, regional) und die Wahlmöglichkeit zur souveränen Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Organisation und Finanzierung, Möglichkeit der Quersubventionierung von Diensten) muss umfassend erhalten und bekräftigt werden. Wir lehnen sowohl eine allgemeine Ausschreibungspflicht für Leistungen der Daseinsvorsorge ab, als auch die Erzwingung einer Marktöffnung im Bereich der von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften organisierten Dienstleistungen (z. B. Wasserbetriebe, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, öffentliche Sparkassen, ÖPNV etc.). Dies schließt das Recht der Ge-*

*bietskörperschaften ein, in Grenzregionen auch grenzüberschreitende Infrastrukturen (Abwasserverbünde, regionale Verkehrsverbünde etc.) in eigener Verantwortung zu organisieren.*

*Wir fordern eine Überarbeitung der EU-Transparenzrichtlinie: Nicht nur öffentliche, sondern auch private Unternehmen, die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Rahmen öffentlicher Konzessionen erbringen, müssen voll in die Offen- und Rechnungslegungspflichten der Richtlinie einbezogen werden.*

##### 5. Bilanz der EU-Liberalisierungspolitik

Seit Beginn der 1990er Jahre hat die Europäische Union die Abschaffung der Staatsmonopole und die schrittweise Liberalisierung vormals unter öffentlicher Regie stehender Dienste durchgesetzt: Energiebinnenmarkt, Telekommunikation, Bahn, Postdienste. Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben darüber hinausgehend auch in anderen Bereichen (Wasserversorgung, ÖPNV usw.) eine umfassende Liberalisierung vorangetrieben. In deren Folge und unter dem Druck leerer Kassen, der von einer staatlichen Rotstiftpolitik und massiven Steuerentlastungen für Unternehmen und Vermögende vor dem Hintergrund der Maastricht-Kriterien und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erzeugt wurde, haben auch die nachgelagerten regionalen und kommunalen Ebenen umfangreiche Liberalisierungen und Privatisierungen öffentlicher Dienste betrieben. Europa wurde bis 1998 zum Privatisierungsweltmeister – die hier verkauften öffentlichen Vermö-

genswerte machten rund 50 Prozent der weltweiten Privatisierungserlöse aus.

Die Liberalisierungspolitik wurde damit begründet, dass der Markt durch mehr Wettbewerb diese Dienste kostengünstiger, effektiver, effizienter, flexibler und bedarfsgerechter bereitstellen könne, bei höherer Servicequalität und verbunden mit einem deutlichen Beschäftigungswachstum. Diese Versprechen der Liberalisierungspolitik konnten in der Regel nicht eingehalten werden.

Die Liberalisierung und Privatisierung der Bahn in Großbritannien liefert dafür als fortgeschrittenstes Projekt ein eindrucksvolles Beispiel. 1996 wurde die staatliche Bahngesellschaft Railtrack privatisiert und war künftig nur für das Schienennetz verantwortlich. 25 Privatunternehmen (mit verschachtelten Subunternehmensketten) betrieben die Züge auf diesem Streckennetz. Die Bahngesellschaften versuchten, ihre Bilanzen durch Ausdünnung des Personals, niedrige Lohnabschlüsse und Einsparungen bei Investitionen, Wartung und Instandhaltung zu sanieren. Die Folge: zunehmende Unpünktlichkeit der Züge, schlechte Servicequalität und Instandhaltung, Häufung spektakulärer Unfälle (Hatfield, Paddington) und schließlich ein Abgleiten ins Chaos. Diese Zustände verbanden sich mit einer deutlichen Verlagerung des Verkehrs auf das Auto und die Strasse und einem drastischen Anstieg der Umweltbelastung. 6 Jahre nach der Liberalisierung und Privatisierung ist Railtrack pleite und de facto wieder verstaatlicht worden. Über diese ganze Periode wurden trotz Privatisierung weiterhin Milliardensubventionen in den

Bahnverkehr gesteckt. In 2003 benötigt Railtrack weitere Subventionen von rund 22 Mrd. Euro, um mittelfristig überlebensfähig zu bleiben. Die gescheiterte britische Bahnliberalisierung und -privatisierung hat am Ende die Funktionsfähigkeit der Bahn faktisch vernichtet, die Steuerzahlenden mehr gekostet als zuvor die öffentliche Bahn und weitere externe Kosten infolge gestiegener Umweltbelastungen erzeugt. Dies ist wahrlich kein Beispiel für die beliebte These, dass der „Markt es besser kann“. Ähnliche Erfahrungen wurden bereits am Ende des privaten Eisenbahnbooms in der ersten Phase der Globalisierung („Kapitalismus der freien Konkurrenz“; ca. 1830 – 1870) gemacht. Deshalb ist es äußerst beunruhigend, dass das Konzept der EU-Kommission zur Bahnliberalisierung auf den gleichen Prinzipien (Trennung Streckennetz und Zugbetrieb, Wettbewerb mehrerer Betreiber) beruht wie die britische Liberalisierung.

In den anderen Sektoren der Liberalisierung ist meist nicht „mehr Wettbewerb“ festzustellen, sondern vermachtete Märkte, die von wenigen multinationalen Unternehmen beherrscht werden. Dies ist unter anderem auch der Orientierung der Europäischen Kommission auf Stärkung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ geschuldet, die zur Herausbildung „europäischer global players“ führen soll. In Deutschland dominieren RWE/Ruhrgas und Eon die Hälfte des Strommarktes, ein weiteres Viertel wird von strategischen Allianzen unter Kontrolle der Unternehmen EDF und Vattenfall kontrolliert und nur das letzte Viertel von einer bunten Vielfalt kommunaler Energieversorger. Schweden hat den öffentlichen Personennahverkehr in eigener Initiative bereits liberalisiert. Wo früher fast ausschließlich kommunale Verkehrsbetriebe tätig waren, wird dieser Markt jetzt von nur zwei multinationalen Unternehmensgruppen beherrscht. Der französische Wassermarkt wird von nur drei multinationalen Unternehmen kontrolliert.

Sinkende Preise für die Endkunden und eine hohe Qualität der Dienste sind ebenfalls eher Wunschtraum denn Realität. Die Liberalisierung im Strom- und Gassektor hat zwar zu kräftigen Preisabschlägen für Industriekunden geführt, doch das Preisniveau für die Privaten Haushalte blieb hoch. Das Wasser der privaten Anbieter in Frankreich und Großbritannien ist deutlich teurer als jenes kommunaler Anbieter, die Qualität häufig schlechter. Einzig im Bereich der Telekommunikation sanken die Preise für Privatkunden in einer ersten Phase der Liberalisierung tatsächlich. Für besonders einkommensschwache Verbrauchergruppen trifft dies jedoch nicht zu, weil sich die Tarife für die monatlichen Fixkosten im Zuge der Telekomliberalisierung häufig erhöht haben. Der erwartete Zuwachs bei den Arbeitsplätzen ist ebenfalls nicht eingetreten: Verlust von

250 000 Jobs im Gefolge des Energiebinnenmarkts, mehrere Hunderttausend im Schienenverkehr und in der Telekommunikation. Dafür sind die Beschäftigungsbedingungen in vielen liberalisierten Sektoren deutlich schlechter geworden (Niedriglohnarbeit in Call-Centern, unterbezahlte Turnschuhbrigaden bei der Post etc.). Dies alles zeigt: Private und marktförmige Leistungserbringung ist durchaus kein Garant für eine bessere und kostengünstigere Leistungserbringung.

*Wir fordern eine umfassende Evaluierung der Ergebnisse der Marktöffnung in den bisher liberalisierten Sektoren unter Kriterien wie Verbesserung der volkswirtschaftlichen Effizienz, der Verträglichkeit mit einer nachhaltigen Entwicklung, sozial- und beschäftigungspolitischer Aspekte, der Servicequalität, des Verbraucherschutzes, der Marktkonzentration und der Sicherstellung eines flächendeckenden, erschwinglichen und entsprechend neuer technologischer Möglichkeiten und gesellschaftlicher Bedürfnisse ausbaufähigen Universaldienstes von gleichmäßiger hoher Qualität. Wir fordern eine Re-Regulierung der liberalisierten Sektoren unter Zugrundelegung der vorgenannten Anforderungen und ein Moratorium für weitere EU-Liberalisierungsprojekte.*

## 6. Öffentliche Daseinsvorsorge und EU-Verfassung

Im derzeit geltenden EU-Vertrag von Nizza werden die „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ zwar als Bestandteil der „gemeinsamen Werte der Union“ im Hinblick auf die „Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts“ anerkannt. Die Mitgliedstaaten tragen im Rahmen ihrer Befugnisse dazu bei, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Allerdings geht der geltende EG-Vertrag davon aus, dass in der Regel offene und vollständig wettbewerbliche Märkte, gegebenenfalls zusammen mit diskriminierungsfreien staatlichen Regulierungen, Daseinsvorsorgeleistungen am besten erbringen. Die Garantien für die öffentliche Daseinsvorsorge sind nach Artikel 86.2 EGV als grundsätzlich eng auszulegende Ausnahme von der Anwendung der EG-Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln ausgestaltet. Im Anwendungsbereich dieser Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln hat die Kommission als „Hüterin der Verträge“ die Aufgabe, die bisherigen Strukturen, in denen Daseinsvorsorgeleistungen erbracht werden, dahingehend zu hinterfragen, ob diese Leistungen nicht in marktförmigen und wettbewerblichen Formen genauso gut und sicher erbracht werden können. Durch die bestehende Vertragskonstruktion ist die öffentliche Daseinsvorsorge

deshalb strukturell eine „bedrohte Zone“ geworden, da stets behauptet werden kann, dass die von ihr erbrachten Leistungen im Rahmen der Vertiefung des Binnenmarkts in wettbewerblichen Formen besser und kostengünstiger gestaltet werden könnten.

Der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents behält diese bisherigen Vertragsbestimmungen in wesentlichen Teilen bei und verzichtet darauf, den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Zielbestimmungen der Union zu verankern. In Artikel I-3 zu den Zielen der Europäischen Union verschärft er vielmehr den Stellenwert des Wettbewerbs: „Die Union bietet ihren Bürgerinnen (...) einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb.“ In Artikel 3 des geltenden EG-Vertrags heißt es in Bezug auf die Tätigkeit der Gemeinschaft hingegen nur: „einen Binnenmarkt, der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist.“ Die schärfere Zielbestimmung des Konventionssentwurfs zum Binnenmarkt wird von vielen Beobachtern so interpretiert, dass es schwieriger wird, in sektoriellen Richtlinien Regelungen zu treffen, die negative Effekte des Wettbewerbs begrenzen.

In Artikel III-6 (allgemein anwendbare Bestimmungen) wird der Wortlaut des früheren Artikel 16 EGV im wesentlichen wiederholt. Neu ist, dass die „Grundsätze und Bedingungen“ für das Funktionieren der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse – vor allem jene wirtschaftlicher und finanzieller Art – durch Europäische Gesetze festgelegt werden. Durch diese Formulierung ist der Weg eröffnet worden, einen „Gemeinschaftsrahmen“ zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen, der Rechts- und Planungssicherheit für die diesbezüglichen Aktivitäten der Mitgliedstaaten schaffen könnte. Ob dieser Gemeinschaftsrahmen für die Leistungen der Daseinsvorsorge dem Primat der Demokratie und des öffentlichen Interesses über den Markt folgt oder umgekehrt dem Primat von Markt und Wettbewerb – wobei staatliche Beihilfen an Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse streng auf den Wert der aus der Gemeinwohlverpflichtung resultierenden Kostenbelastung eines öffentlichen oder privaten Unternehmens begrenzt werden, statt z. B. ökologische, beschäftigungs- und sozialpolitische Kriterien in einem breiteren Sinn einzubeziehen – wäre im wesentlichen von politischen Krisenverhältnissen in einer EU der 25 abhängig.

*Wir halten es für notwendig, dass der Schutz öffentlicher Güter, die Stärkung öffentlicher Dienste und der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Verwirklichung des Gemeinwohls, einer nachhaltigen Entwicklung und des sozialen und territori-*



alen Zusammenhalts der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union in die Zielbestimmungen der EU-Verfassung aufgenommen wird. In Artikel III-6 der EU-Verfassung ist der Primat einer funktionsfähigen öffentlichen Daseinsvorsorge und der bürgernahen demokratischen Entscheidungsfindung vor den Prinzipien des Binnenmarkts und des Wettbewerbsrechts festzuhalten.

Wir begrüßen, dass der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents das Tor zur Schaffung eines EU-Gemeinschaftsrahmens für die öffentliche Daseinsvorsorge aufgestoßen hat. Ein Europäisches Gesetz zur öffentlichen Daseinsvorsorge muss eine Definition dieser Dienste sowie allgemeine Grundsätze und Kriterien ihre Gestaltung (Ziele, Organisations- und Finanzierungsmodalitäten) festlegen. Wir schlagen in diesem Zusammenhang vor, dass die öffentliche Daseinsvorsorge vor allem folgende Ziele zu gewährleisten hat:

- Universeller, gleicher Zugang für alle;
- Flächendeckende Versorgungssicherheit, territoriale und soziale Erreichbarkeit bei hoher Servicequalität zu erschwinglichen Preisen und unter gleichmäßigen qualitativen Bedingungen, unabhängig von der Rentabilität des einzelnen Versorgungsunternehmens;
- Sozialverträgliche Gebühren für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Behinderte oder Einkommensschwache, Kampf gegen soziale Benachteiligungen;
- Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung, eines hohen Umweltschutzniveaus und Abbau regionaler Ungleichgewichte;
- Objektive Prüfung der Effizienz und Effektivität der Dienste und eines hohen Niveaus an Verbraucherschutz, demokratische Kontrolle und Transparenz bei den technischen und finanziellen Ergebnissen;
- Anpassungsfähigkeit der Dienste an neue gesellschaftliche Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten
- Demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmerinnen sowie der Nutzerinnen der Dienste bei ihrer Gestaltung und Ergebnisbewertung;
- Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bzw. ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen für die Definition und den Zuschnitt der Dienste von allgemeinem Interesse.

## 7. Öffentliche Daseinsvorsorge in den neuen Mitgliedstaaten

Die neuen EU-Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa haben in den 1990er Jahren die Transformation vom bürokratischen Staatssozialismus zum Kapitalismus durch national unterschiedliche Strategien einer marktradikalen „Schocktherapie“ durchgeführt. Im Ergebnis sind bei ihnen die Struktu-

ren des Wohlfahrtsstaats, der öffentlichen Daseinsvorsorge und insbesondere der sozialen Dienste im Vergleich zur Alt-EU nur rudimentär entwickelt. Die meisten Regionen dieser neuen Mitgliedstaaten erreichen nur ein Brutto-Inlandsprodukt von weniger als 40 % des Gemeinschaftsdurchschnitts. Gleichzeitig stehen sie vor einem wirtschaftlichen Strukturwandel (Landwirtschaft, Stahlindustrie, Bergbau, Werften etc.), der zu vermehrter Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung führen könnte. Um diesen Strukturwandel bewältigen zu können, brauchen die neuen Mitgliedstaaten nicht nur eine Industriepolitik, die auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung neue Arbeitsplätze schafft. Sie müssen ebenfalls einen funktionierenden Sozialstaat schaffen und die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ausbauen, um soziale Verwerfungen und umweltpolitische Verschlechterungen im wirtschaftlichen Strukturwandel zu vermeiden.

Wir fordern von der EU, die neuen Mitgliedstaaten beim Auf- und Ausbau von Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Struktur- und Regionalfonds deutlich zu unterstützen und Beihilfen dieser Mitgliedstaaten für diese Zwecke freizustellen. Um diese Förderpolitik zu ermöglichen, muss bis 2006 zumindest die in der Berliner Agenda vorgesehene Eigenmittellobergrenze des EU-Haushalts von 1,27 % des BIP vollständig ausgeschöpft werden.

## 8. Globale Liberalisierungspolitik und Daseinsvorsorge

EU und USA sind seit geraumer Zeit die Hauptkräfte, um weltweit eine unumkehrbare Freihandels- und Liberalisierungspolitik im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO durchzusetzen. Europäische und globale Marktliberalisierung folgen den gleichen Prinzipien und Motiven und verstärken einander. Durch den höheren Wettbewerbsdruck fördern sie Fusionen, Konzentrationsprozesse und die Vermachtung der Märkte zugunsten multinationaler Konzerne aus den Industrieländern. Das ist der Kern dessen, was landläufig „Globalisierung“ genannt wird.

Die aktuellen Verhandlungen über eine Ausweitung des Dienstleistungsabkommens GATS im Rahmen der WTO beinhalten tiefe Eingriffe in die noch bestehenden Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie zielen unter anderem auf eine konsequente Marktöffnung in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und Energieversorgung. Das GATS-Abkommen beinhaltet hohe Hürden, einmal erfolgte Liberalisierungen von Sektoren wieder rückgängig zu machen.

Wir begrüßen das Scheitern der WTO-Runde in Cancún. Wir fordern den Stop der gegenwärtigen GATS-Verhandlungen und die verbindliche Herausnahme der Leistungen der Daseinsvorsorge (Dienstleistungen im allgemeinen Interesse) aus dem GATS-Abkommen. Wir fordern, dass die Rücknahme von Liberalisierungsmaßnahmen ohne Kompensationszahlungen im GATS-Abkommen ermöglicht werden muss (Änderung von Artikel XXI GATS). Gesellschaftspolitische Ziele und Auflagen an die Erbringung von Dienstleistungen dürfen durch das GATS-Abkommen nicht verhindert werden. Deshalb fordern wir, solche Auflagen vom Anwendungsbereich der GATS-Disziplinen explizit auszuschließen.

## 9. Globale Öffentliche Güter und die Europäische Union

Im Gefolge der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterey und dem Rio+10-Gipfel in Johannesburg ist eine internationale Diskussion über globale öffentliche Güter eingeleitet worden. Frankreich und Schweden kündigten an, eine Initiative zur Bildung einer internationalen „Task Force“ ergreifen zu wollen, die sich mit dem Konzept der Globalen Öffentlichen Güter und ihrer Finanzierung befassen soll.

Öffentliche Güter (z.B. Straßenbeleuchtung, Landesverteidigung, das kulturelle und wissenschaftliche Erbe usw.) zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Konsum durch Einzelne den Konsum durch alle anderen nicht einschränkt und niemanden ausschließt. Bei öffentlichen Gemeinschaftsgütern (z.B. die Atmosphäre und die sie schützende Ozonschicht, die Weltmeere, Flüsse, Naturparks etc.) steht die Frage im Vordergrund, wie ihre Nutzung in nachhaltiger und verteilungsgerechter Weise zu regeln ist. Öffentliche Güter und Gemeinschaftsgüter unterscheiden sich von privaten Gütern daher vor allem durch die Öffentlichkeit des Konsums, der Entscheidung über ihre Bereitstellung und der gerechten Verteilung der aus dem Gut erwachsenden Vorteile. Die EU muss sich endlich der Frage stellen, wie in einem europäischen Binnenraum ohne Grenzen öffentliche Güter reguliert werden müssen, deren Nutzen über Landesgrenzen und Regionen, Bevölkerungsgruppen und Generationen hinausreicht.

Wir fordern, dass die EU sich der geplanten globalen Initiative Frankreichs und Schwedens anschließt und ebenfalls für den EU-Raum eine Konzeption **Europäischer Öffentlicher Güter** entwickelt. Dieses Konzept soll auch die Frage einschließen, wie öffentliche Güter im öffentlichen Interesse durch Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge nachhaltig und verteilungsgerecht erhalten und reguliert werden können.

**25./26. Oktober, Chemnitz: Programmparteitag der PDS**

**26. Oktober, Brandenburg: Kommunalwahlen**

**1. November, Berlin: Es reicht!** Alle gemeinsam gegen Sozialkahltschlag! Bundesweite Demonstration. Beginn: 13 Uhr Alexanderplatz/Mollstr. Nähere Informationen, Busfahrtgelegenheiten etc. unter [www.demo-gegen-sozialabbau.de](http://www.demo-gegen-sozialabbau.de)

**8./9. November, Kommunalpolitische Konferenz West der PDS** in Offenbach am Main. Näheres: <http://www.pds-online.de/projekte/konferenzen>

**9. November: „Internationaler Tag gegen die Mauer“**, mit der sich Israel gegen die Palästinenser auf den Westbank abschoß. Der Tag wurde von den vom Mauerbau betroffenen palästinensischen Dörfer und Städte ausgerufen. Im Aufruf heißt es: „Wir rufen alle dazu auf, diese palästinensische Initiative zu Unterstützen, damit sich die so sehr benötigte Solidarität und Aufmerksamkeit bilden kann und der Mauerbau gestoppt wird. Wir fordern Sie dazu auf, uns von heute an zu unterstützen und auf den Staat Israel und seine Alliierten Einfluss zu nehmen, damit die folgenden Forderungen Wirklichkeit werden: Stoppt und Zerstört die Apartheidmauer sofort! Gebt alles unter dem Vorwand des Mauerbaus gestohlenen Land an seine palästinensischen Eigentümer zurück! Stoppt die Besetzung! Siehe unter: [www.pengon.org/](http://www.pengon.org/)

**12. bis 15. November, Paris: Zweites Europäisches Sozialforum** in Paris und Saint-Denis sowie in den beiden benachbarten Städten Bobigny und Ivry

**17. November, Bochum, SPD-Parteitag, Neuwahl Vorstand**

**22. November, Düsseldorf: Globalisierung ohne Alternative?** Die Welt im Griff der Konzerne. Am Beispiel des Bayer-Konzerns. Jahrestagung 2003. Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon (02 11) 33 39 11, Fax (02 11) 33 39 40

**22. November, Stuttgart. Landesparteitag der PDS Ba-Wü**

**29. November, Ingolstadt, Landesparteitag PDS Bayern**

**1./2. Dezember, Leipzig: CDU-Parteitag**

**5./6. Dezember, Berlin: 9. Kongress „Armut und Gesundheit“** mit dem Schwerpunktthema „Strategien der Gesundheitsförderung“. In der Einladung heißt es: Armut macht krank! Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm. Damit trägt jeder zehnte Mensch erhöhte gesundheitliche Risiken: Arme Menschen haben eine etwa sieben Jahre kürzere Lebenserwartung. Die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein, ist für sie mindestens doppelt so hoch wie bei reichen Menschen. Doch auch arme Menschen haben Rechte und Chancen zu Gesundheit: Sie müssen gestärkt werden in ihren Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und Gesundheit zu fördern, dort wo sie konkret leben. Sie brauchen Hilfe und Zugänge, um ihre eigenen Gesundheitspotenziale entfalten zu können! Der 9. Kongress Armut und Gesundheit steht unter dem Motto „Strategien der Gesundheitsförderung – Wie kann die Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebenslagen nachhaltig verbessert werden?“. Auf dem Kongress werden erfolgreiche Konzepte, die in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt wurden, vorgestellt und auf die Möglichkeit einer breiteren Anwendbarkeit hin untersucht. Insbesondere sollen Ansätze und Ideen formuliert werden für ...

- Strategien der Gesundheitsförderung zum Abbau sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen,
- Zielgenauigkeit kurativer Versorgungsansätze,
- Ansätze für eine integrative, sozial orientierte Gesamtpolitik.

**6./7. Dezember, Kassel.** „Globale Gerechtigkeit statt neoimperialer Vorherrschaft, Zivile Prävention statt Präventivkriege, Abrüstung statt Sozialabbau“. **10. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag**, Tagungsort: Universität Kassel, Standort Wilhelmshöher Allee 73, näheres: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2003/programm.html>

**2.-4. Januar, Sondershausen: Linke Schule** der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. Anreise am 1.1. abends, Ende 4.1. mittags.

**30./31. Januar 2004, Berlin: Europawahlparteitag der PDS**

**31. Januar 2004, Berlin:** „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Anreise am Freitag, 30.1.04. Thema bleibt: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Hauptreferat von Detlef Henschke, ehem. Vorsitzender der IG Medien.

**7. Februar 2004, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften**, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: DGB Jugendbildungsstätte, 10.30 Uhr

**3./4. April 2004, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.** 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

**10./11. Mai 2004, Bonn: Nationaler Städtebaukongress**

Neu erschienen im GNN-Verlag

Frank Pieper (Hg.)

**Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung**

Geschichte, Entwicklung und Perspektive eines imperialistischen Blocks unter deutsch-französischer Hegemonie

Beiträge:

Frank Pieper

**100 Jahre Weltmachtstreben**

Deutsche Mitteleuropakonzepte vom Kaiserreich bis Joschka Fischer

Christiane Schneider

**EU auf dem Weg zur „Supermacht“** „Kerneuropa“ und Militarisierung

Holger Kuhr

**Peripherisierung und avantgardistische Finalität**

Die Berliner Europa-Politik und die EU-Osterweiterung

Frank Pieper (Hg.)  
Holger Kuhr  
Christiane Schneider

**Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung**

Geschichte, Entwicklung und Perspektive eines imperialistischen Blocks unter deutsch-französischer Hegemonie



112 Seiten, Preis 5 €, ab 3 Ex.: 3,50 € plus Versandkosten

Zu beziehen bei: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg  
Fax (0 40) 43 18 88 21  
eMail: [gnn-hhsh@hansenet.de](mailto:gnn-hhsh@hansenet.de)